

Der KÄMPFER

SOZIALISTISCHE

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS



Nr. 7—9

September 1963

2 Schilling

„...täglich sie erkämpfen muß!“

Verwirrung der Geister, Verfälschung der Begriffe, Verkehrung der Grundsätze und Verleugnung von Erkenntnissen und Erfahrungen! „Glaubt nicht den Radikalinskis“, schreibt man da, „die euch einreden wollen, die Geschichte der Menschheit sei eine Geschichte von Klassenkämpfen. Es gibt eigentlich keinen Klassenkampf mehr.“ Und „...dann ist es auch so, daß es im KZ nicht allen schlechtgegangen ist“ kann man anderswo lesen. Du schüttelst verwundert den Kopf, Genossin, du fragst uns erstaunt, Genosse, wieso es das geben kann. Und wir lesen eure entschlossene Empörung von euren Augen ab.

Da geistert der Habsburger in verdächtiger Geschäftigkeit durch unsere Tage, sein Anwalt, selbst einmal Minister in Österreichs grün-schwarzer Vergangenheit, geht – wir sind ja Demokraten! — bis zu den höchsten Gerichten unserer Republik. Und es scheint, als sähen wir untätig zu.

Massenmörder und Menschenschinder leben unter uns, teils getarnt unter falschem Namen und wohl- ausgerüstet mit falschen Dokumenten, teils sogar mit ihrem richtigem oder einem diesem recht ähnlichen Namen, und sie werden freigesprochen, ja sogar mit Ovationen bedacht, wie das Beispiel Murer gezeigt hat, wenn es zufällig gelingt, solcher Leute habhaft zu werden und sie vor Gericht zu stellen. Und wieder scheint es, als ob wir alle schweigen.

Oder schwiegen wir etwa nicht, als einige Ewiggestrige sogar so weit gingen, einfach Gewalt anzudrohen, sollten Opfer der KZs, Opfer des Widerstandes gegen Nazityrannei und Unterdrückung, unter den Namen jener aufscheinen, an die der Gedenkstein von Langegg in fernerer Tagen erinnert?

Doch ist dem wirklich nicht so! Die Zeiten wandeln sich — und wenn wir auch nicht Demonstrationen veranstaltet haben, keine hochtrabenden Papierresolutionen proklamiert und nur wenige (vielleicht zu wenige) Proteste an die zuständigen Stellen herangetragen haben, so haben wir uns doch Gehör verschafft. Denn unser Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus ist nicht, wie manche hämische Bemerkung glauben machen möchte, ein Sammelsurium von alten Veteranen und fetten Pfründen einheimischen-wollenden Interessenten. Er ist vielmehr noch immer, und heute mehr denn je, eine Gemeinschaft aufrechter Menschen, Genossinnen und Genossen, denen die Idee des Sozialismus Herzenssache geworden ist, von Menschen, die das Gewissen unserer großen Bewegung sein wollen, denen das schönere Morgen nicht minder wichtig erscheint als das schöne Heute. Und die vor allem das Glück hatten, ein Inferno, und zwar in seinen vielfältigsten Formen, überlebt zu haben, in welchem sie Gelegenheit hatten, Bekenntnis und Gesinnung nicht nur in Worten allein zu erweisen, sondern sich auch in Todesnot zu bewähren. Sie alle wissen nur zu gut, wie sehr der Dichter recht gehabt hat, wenn er sagt: „Nur der verdient sich Freiheit, wie das Leben, der täglich sie erobern muß!“ — Und sie alle sind es, die unseren Bund zu dem machen, was er ist, gleichviel an welcher Stelle sie wirken. Denket immer daran.

Niemals vergessen!

Die Reichskristallnacht

Am 7. November 1938 wurde in der deutschen Botschaft in Paris der Legationssekretär Ernst vom Rath von dem 17-jährigen Flüchtling Herschel Grynszpan erschossen. Grynszpan, dessen Vater kurz vorher mit 10.000 anderen deutschen Juden nach Polen abgeschoben worden war, wollte sich mit dieser Tat an den Verfolgern rächen.

Zwar ist der Antisemitismus keine Erfindung der Nazis gewesen, — die Juden mußten schon seit Tausenden von Jahren Verfolgungen erleiden, und es hat vom Altertum bis in die jüngste Zeit grausame Pogrome gegeben —, es blieb jedoch den Nationalsozialisten in Deutschland vorbehalten, den Mord zum System und die Unmenschlichkeit zur höchsten Perfektion zu erheben und an Grausamkeit alles bisher Dagewesene zu übertreffen. Nach der Machtübernahme im Jahre 1933 wurden zunächst die Juden aus dem öffentlichen und politischen Leben ausgeschaltet, ihre Geschäfte wurden boykottiert, und pervertierte Unmenschen grölten widerliche Schimpforgien in Presse und Rundfunk. Einer der übelsten Schreier war der 1946 in Nürnberg hingerichtete Julius Streicher, der Herausgeber des Hetzblattes „Der Stürmer“, der schon 1925 zur Vernichtung der Juden aufgerufen hatte. Am 15. September 1935 wurden die sogenannten „Nürnberger Gesetze“ erlassen, die die jüdische Bevölkerung nun auch formaljuristisch zu Minderwertigen machte. Und im November 1938 wurden den Juden die bürgerlichen Ehrenrechte entzogen.

Seit 1933 war es etwa der Hälfte der deutschen Juden gelungen, zu emigrieren, die in Deutschland verbliebene jüdische Bevölkerung aber war — soweit sie nicht inzwischen verhaftet und schon in ein KZ eingeliefert worden war — immer ärgeren Drangsaliierungen ausgesetzt.

Das Pariser Attentat vom 7. November 1938 war nun den Nazis der willkommene Anlaß, ihren Verbrechen gegen die Menschlichkeit einen neuerlichen Höhepunkt hinzuzufügen. Goebbels gab am Abend des 9. November 1938 die Weisung, „... spontane Kundgebungen ... zu organisieren und durchzuführen“. Organisator war der später bei dem Attentat in Prag vom 26. Mai 1942 ums Leben gekommene Reinhard Heydrich*. In einem Fernschreiben, das von Heydrich an alle Stellen der Staatspolizei und des SD gerichtet war, hieß es unter anderem:

2. ... sind die stattfindenden Demonstrationen von der Polizei nicht zu verhindern ...

5. ... sind ... so viele Juden — insbesondere Wohlhabende — festzunehmen, als in den vorhandenen Hafträumen untergebracht werden können ...

Nach Durchführung der Festnahmen ist unverzüglich mit den zuständigen Konzentrationslagern wegen schnellster Unterbringung der Juden in den Lagern Verbindung aufzunehmen ...“

Und dann brach der Schrecken dieser Nacht los: Jüdische Synagogen, Bethäuser, Wohnungen und Geschäfte wurden in Brand gesteckt, es kam zu Vergewaltigungen und Menschen wurden ermordet — Deutschland hatte wieder ein Stück des Weges zurückgelegt, der zu seiner tiefsten Erniedrigung führte.

Aber lassen wir den Chef der Sicherheitspolizei, eben jenen Reinhard Heydrich, mit seinem Bericht an Göring vom 11. November 1938 selbst zu Worte kommen:

„Die bis jetzt eingegangenen Meldungen der Staatspolizeileitstellen haben bis zum 11. November 1938 folgendes Gesamtbild ergeben: In zahlreichen Städten haben sich Plünderungen jüdischer Läden und Geschäftshäuser ereignet. Es wurde, um weitere Plünderungen zu vermeiden, in allen Fällen scharf durchgegriffen. Wegen Plünderens wurden dabei 174 Personen festgenommen. Der Umfang der Zerstörungen

gen jüdischer Geschäfte und Wohnungen läßt sich bisher ziffernmäßig noch nicht belegen. Die in den Berichten aufgeführten Ziffern: 815 zerstörte Geschäfte, 29 in Brand gesteckte oder sonst zerstörte Warenhäuser, 171 in Brand gesetzte oder zerstörte Wohnhäuser, geben, soweit es sich nicht um Brandlegungen handelt, nur einen Teil der wirklich vorliegenden Zerstörungen wieder. Wegen der Dringlichkeit der Berichterstattung mußten sich die bisher eingegangenen Meldungen lediglich auf allgemeine Angaben, wie „zahlreiche“ oder „die meisten Geschäfte zerstört“, beschränken. Die angegebenen Ziffern dürften daher um ein Vielfaches überstiegen werden.

An Synagogen wurden 191 in Brand gesteckt, weitere 76 vollständig demoliert. Ferner wurden 11 Gemeindegemeinden, Friedhofskapellen und dergleichen in Brand gesetzt und weitere drei völlig zerstört.

Festgenommen wurden rund 20.000 Juden, ferner sieben Arier und drei Ausländer. Letztere wurden zur eigenen Sicherheit in Haft genommen. An Todesfällen wurden 36, an Schwerverletzten ebenfalls 36 gemeldet. Die Getöteten beziehungsweise Verletzten sind Juden. Ein Jude wird noch vermißt. Unter den getöteten Juden befindet sich ein, unter den Verletzten zwei polnische Staatsangehörige.“

Tatsächlich wird die Zahl der in dieser Nacht Ermordeten allerdings um ein Vielfaches höher geschätzt. Heydrich selbst hat schon einen Tag nach seinem Bericht an Göring die Zahl der zerstörten jüdischen Geschäfte mit 7500 angegeben. Und der Major Buch, der Leiter des Obersten Parteigerichtes, beeilte sich festzustellen, daß jemand, der lediglich einen Juden umgebracht habe, nicht dafür bestraft werden kann.

Die Nazis hatten aber damit noch nicht genug: Der den Juden zugefügte materielle Schaden mußte von den Juden selbst getragen werden, die Versicherungsgelder wurden vom Staat beschlagnahmt, und überdies mußten die Juden „für ihre ruchlosen Verbrechen“ — eine Formulierung, die von Göring stammt —, eine Kontribution von einer Milliarde Reichsmark aufbringen. Die völlige Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben wurde nun durchgeführt: Den Juden wurde die Zugehörigkeit zu Genossenschaften verboten, durch eine Polizeiverordnung über „Das Auftreten der Juden in der Öffentlichkeit“ wurde ihre Bewegungsfreiheit weitgehend eingeschränkt, und eine weitere „Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens“ legalisierte die Enteignung, den Raub jüdischen Eigentums; daß ihnen auch das Führen und Halten von Kraftfahrzeugen verboten wurde, sei hier nur erwähnt, um das Bild abzurunden.

Der jüdischen Bevölkerung Deutschlands sollte noch viel Ärgeres widerfahren, die NS-Barbarei damals hatte noch lange nicht ihren Höhepunkt erreicht. Die Weltöffentlichkeit, die noch unter dem Eindruck des Münchner Abkommens zwischen Chamberlain, Daladier, Hitler und Mussolini stand und die Hoffnung noch nicht begraben hatte, daß damit der Welt der Friede gesichert sei („München“ war damals noch nicht allgemein zum Symbol der feigen und würdelosen Kapitulation vor dem Faschismus geworden), reagierte ungewöhnlich heftig auf die Vorgänge in Deutschland und die gesamte zivilisierte Welt protestierte gegen die Unmenschlichkeiten in Deutschland.

Waren es bis zur Kristallnacht Angehörige der SA und der SS, die unter wohlwollender Duldung der Behörden die jüdische Bevölkerung drangsalierten und quälten, so hatte in dieser Nacht die Regierung des Dritten Reiches selbst die direkte Verantwortung für die Verbrechen übernommen. Der Weg von den Ereignissen der Kristallnacht bis zu den Gaskammern und Vernich-

* Als „Vergeltung“ für seinen Tod haben die deutschen Faschisten Lidice vernichtet.

tungsöfen war nur mehr die Fortsetzung des einmal eingeschlagenen Weges.

Der Ungeist, der Deutschland in Nacht und Schande geführt hat, ist auch heute noch immer nicht völlig überwunden; weder in Deutschland noch bei uns in Österreich. Und für uns Sozialisten gibt es daher nur die eine Folgerung:

Kompromißlosen Kampf gegen alle, die sich noch immer nicht eindeutig von der faschistischen Vergangenheit distanzieren haben.

Kultur und Weltanschauung

Gleich zu Beginn einer solchen kultursoziologischen Untersuchung muß festgestellt werden, ob es überhaupt sinnvoll ist, Kultur und Weltanschauung gegenüberzustellen. Mit Recht wird nämlich dabei sofort eingewendet, daß die Weltanschauung Bestandteil der Gesamtkultur ist und nur im Rahmen dieser beurteilt werden kann. Wenn hier die Weltanschauung herausgehoben und der dann noch verbleibenden Kultur-tätigkeit gegenübergestellt wird, so geschieht es deshalb, weil im Rahmen der Gesamtkultur so vielfältige Wechselbeziehungen zwischen Kultur und Weltanschauung bestehen, daß eine Kultursoziologie diese einmal untersuchen muß. Dabei sollen hier keine Beispiele aufgezeigt, sondern versucht werden, vom Grundsätzlichen her prinzipielle Beziehungen und Überschneidungen darzustellen. Wenn dieses Vorhaben von einigem Erfolg sein soll, wird es notwendig sein, die Bedeutungen der Worte zu fixieren und die Begriffsmerkmale anzuführen.

Kaum eine Schwierigkeit dürfte sich bei der Bestimmung ergeben, was unter Kultur verstanden werden soll: Der Niederschlag und Ausdruck des materiellen und geistigen Lebens eines Volkes. Hier ist natürlich mit der Bezeichnung Kultur ausschließlich die „geistige Kultur“, zu der insbesondere Kunst und Wissenschaft, Recht und Sitte zählen, gemeint. Natürlich ist zur Geisteskultur auch die Weltanschauung zu rechnen, die hauptsächlich in der Erscheinungsform einer Religion auftritt.

Wesentlich schwieriger läßt sich der Begriff Weltanschauung festlegen. Es ist das Verdienst der positivistischen Philosophie des Wiener Kreises, daß hier eine endgültige Regelung getroffen wurde. Man muß bei der Bestimmung des Ausdruckes Weltanschauung drei verschiedene Begriffe unterscheiden: Weltbild, Weltansicht und Weltanschauung. Weltbild ist der Oberbegriff, unter den die Begriffe Weltansicht und Weltanschauung zu subsumieren sind. Dabei ist unter Weltansicht ein rein wissenschaftliches Weltbild zu verstehen, das nicht durch emotionale Wertungen und metaphysische Vorstellungen beeinflusst ist. Die Weltanschauung wertet hingegen die Tatsachen des Lebens, wobei die Wertmaßstäbe meist von metaphysischen „Tatsachen“ abgeleitet werden. Als Ausnahmefall einer Weltanschauung ist die Negation jedes metaphysischen Bereiches und eines Zusammenhanges des Daseins damit zu bezeichnen. Aber auch hier werden aus der Ablehnung heraus die Vorkommnisse und Tatsachen unserer Welt emotionell gewertet, so daß ein solches Weltbild trotzdem als Weltanschauung bezeichnet werden muß. Es ist natürlich auch nicht selten, daß Weltansicht und Weltanschauung miteinander vermengt werden. Fast jede Weltanschauung will sich einerseits als objektive Weltansicht ausgeben, andererseits übernimmt sie laufend Ergebnisse und Erkenntnisse aus der Weltansicht. Die Ursache dafür liegt wohl darin, daß die Weltanschauung ihrem Erkenntnischarakter nach prinzipiell als subjektiv, die Weltansicht als objektiv — wenn auch nur dem Ideal nach — zu bezeichnen ist; so versucht die Weltanschauung die objektive Gültigkeit der Weltansicht zu erborgen, indem sie sich als „wahre“ Weltansicht ausgibt, um eine höhere Überzeugungskraft zu erlangen. Denn im emotionalen Moment jeder Weltanschauung ist die Tendenz eingeschlossen, die eigene Weltanschauung zu verbreiten, sie zur allgemeingültigen zu machen. Davon ist auch eine Weltanschauung nicht frei, die als Inhalt hat, daß

Beseitigung von Härten im OFG gefordert

Unser Appell an Dr. Korinek und Proksch

Das Präsidium unseres Bundes hat sich am Freitag, dem 18. Oktober 1963, telegraphisch an Finanzminister Dr. Korinek und an Sozialminister Proksch mit dem Ersuchen gewendet, bei der Aufstellung des Budgets für 1964 Mittel zur Beseitigung von Härten im Opferfürsorgegesetz zur Verfügung zu stellen. Im Nationalrat wird kommende Woche über eine 15. Novelle zum OFG verhandelt werden, doch soll diese nur die Abgeltung der Brotpreiserhöhung regeln.

Die Opfer faschistischer Verfolgung haben aber bereits vor langer Zeit Forderungen angemeldet, die bisher noch nicht berücksichtigt worden sind, obwohl sie als berechtigt anerkannt werden. Die wichtigsten dieser Forderungen sind die Einführung einer vierzehnten Monatsrente und eines Hilflosenzuschusses für Opfer oder deren Hinterbliebene, die Erhöhung der derzeit unzureichenden Unterhaltsrenten und die Gewährung von Renten an Witwen nach Opfern, deren Tod nicht im Zusammenhang mit einem in der Haft erworbenen Leiden steht, falls bei dem Opfer zu Lebzeiten eine mindestens fünfzigprozentige Erwerbsunfähigkeit eingetreten ist.

Diese und einige andere bescheidene Forderungen sollen noch vor Jahresende durch eine 16. Novelle zum Opferfürsorgegesetz erfüllt werden.

In dem Telegramm an den Finanzminister heißt es unter anderem: „... Wir wenden uns an Sie, sehr geehrter Herr Minister, mit der Bitte, die Forderungen der Opfer des Faschismus zur Beseitigung der am OFG noch enthaltenen Härten, die Ihnen schon seit langem bekannt sind, in der 16. Novelle zum OFG zu erfüllen und die notwendigen Mittel dafür im Budget 1964 zur Verfügung zu stellen. — Sie sehr geehrter Herr Minister gehören selbst zu den Opfern, darum rechnen wir auf Ihr besonderes Verständnis für die Nöte jener Menschen, die für die Freiheit gekämpft und gelitten haben.“

1. November 1963

Wie alljährlich werden wir am 1. November die Gräber der Opfer besuchen.

Die Wiener Genossinnen und Genossen versammeln sich um 8.45 Uhr beim zweiten Tor des Zentralfriedhofes. Um genau 9 Uhr werden wir in einem Schweigemarsch zum Mahnmahl gehen und dort einen Kranz niederlegen. Niemals vergessen!

es einen Pluralismus verschiedener nebeneinanderbestehender subjektiver Weltanschauungen geben muß. Auch diese will ihre Anerkennung durchsetzen; sie ist schon deshalb dazu gezwungen, weil sie sich gegen die Absolutheitsansprüche anderer Weltanschauungen behaupten muß.

Die Verbreitungstendenz der Weltanschauung tritt in besonderem Maß bei den biblischen Religionen hervor und gibt der Kultur eines Volkes oder einer Zeit ein besonderes Gepräge. Jede dieser Religionen vermeint den absoluten Wahrheitsgehalt aller Welt- und Gotteserkenntnis durch übernatürliche Offenbarung zu besitzen. Es gibt im Rahmen dieser Weltanschauung nichts Bezweifelbares. Das bringt notwendig mit sich, daß alle anderen Standpunkte in ihrer Gesamtheit negiert oder als falsch oder doch nur als Vorstufen zur einzigen Wahrheit angesehen werden müssen. Die Konsequenz davon ist die Idee der Ausrottung aller anderen Meinungen. Wenn es nicht anders geht, dann mit Feuer und Schwert. Da es in unserem Dasein oft wirklich nicht möglich ist, Menschen mit geistigen Argumenten zu überzeugen, müssen die biblischen Religionen in ihren weltlichen Konstituierungen, den Kirchen, notwendig danach trachten, das gesamte Leben einer Gesellschaft und damit die gesamte Kultur zu bestimmen, zu reglementieren: Dort, wo nach dem Machtverhältnis Aussicht dafür besteht. Im anderen Fall muß natürlich die Freiheit der Religionsausübung und die Unabhängigkeit der Kirche vom Staat gefordert werden. So wird das absolute Wissen um die Wahrheit des richtigen Lebens in bezug auf ein Transzendentes, der göttliche Auftrag, die Staatshalterschaft Gottes in der Welt auszuüben, immer unvereinbar mit jeder anderen, noch so toleranten Auffassung der Lebensgestaltung sein. Hier nützt auch keine Scheidung unseres Daseins in einen Lebens- und Wissensbereich, weil die religiöse Überzeugung hier folgerichtig keine Trennung zu ziehen vermag.

So müssen die biblischen Religionen aus ihrer eigenen inneren Notwendigkeit heraus alle anderen Überzeugungen als nichtig und unrichtig verbannen, müssen in ihrem Absolutheitsstandpunkt und Absolutheitsanspruch verharren, wenn sie nicht ihr eigenes Wesen, ihre eigene Gültigkeit aufgeben sollen. Aus diesem Grunde ist es ein schwerer Irrtum, wenn man meint, auf kulturellem Gebiet mit einer Kirche ein Koexistenzübereinkommen schließen zu können. Die Kirche kann nur die Gesamterfassung aller kulturellen Tätigkeit anstreben, die absolute Unterwerfung unter ihr alleinseeligmachendes Dogma und die Herrschaft über „die Kräfte des Satans“. Sie kann aus ihrer inneren Natur heraus kein Nebeneinander verschiedener Kulturströmungen dulden. Ihr Kulturinhalt muß ausschließlich ein religiöser sein.

Die Situation zwischen dem Absolutheitsanspruch der Kirche und dem Dasein in der Welt und in der menschlichen Gesellschaft charakterisiert Jaspers*) treffend: „Die Kirchen sehen die Notwendigkeit der Massenführung, die Notwendigkeit der göltigen Bilder der Wirklichkeit, der Handgreiflichkeit in der Welt, die Notwendigkeit der geordneten Überlieferung. Ihr Anspruch auf umfassende Wahrheit verlangt Kontrolle des Tuns des einzelnen und Lenkung ihrer öffentlichen Wirksamkeit“. Daraus kann nur die Konsequenz gezogen werden, daß jede andere Weltanschauung, die im naiven Vertrauen oder gesättigten Behagen vermeint mit der Kirche einen Vertrag zur gegenseitigen Tolerierung der kulturellen Tätigkeit schließen zu können, einen schweren Irrtum begeht. Sie wird von der Kirche systematisch zurückgedrängt werden, jede andere kulturelle und propagandistische Tätigkeit wird immer soweit wie möglich von der Kirche beschränkt und eingeeengt werden. Dieses Zurückdrängen wird so lange fortgesetzt werden, bis die andere Weltanschauungsgemeinschaft nicht mehr weiter zurückweichen kann. Dann allerdings wird sie sich in einen unerbittlichen Kulturkampf mit der Kirche verstrickt sehen, der alsbald jegliche Illusionen über eine friedliche Koexistenz vernichten wird.

Wir müssen also feststellen: Jede Weltanschauung besitzt die innere Notwendigkeit zu versuchen, sich

Dokumente der Zeit

Der Angriff Hitlers auf Österreich war schon von langer Hand vorbereitet. Die Nazis in Österreich spielten die Rolle, die ihnen dabei zugeordnet war, als österreichische „Bundesregierung“ mit. So ist auch die militärische Weisung für den Einmarsch in Österreich vom 11. März 1938 ein Schriftstück von historischer Bedeutung.



Die militärische Weisung für den Einmarsch in Österreich vom 11. März 1938
„Unternehmen Otto“

1. Ich beabsichtige, wenn andere Mittel nicht zum Ziele führen, mit bewaffneten Kräften in Österreich einzurücken und dort verfassungsmäßige Zustände herzustellen und weitere Gewalttaten gegen die deutschgesinnte Bevölkerung zu unterbinden.

2. Den Befehl über das gesamte Unternehmen führe ich. Nach meinen Weisungen führen:

Der Oberbefehlshaber des Heeres die Operationen zu Lande mit der achten Armee in der mir vorgeschlagenen Zusammensetzung und Stärke und den aus der Anlage ersichtlichen Zuteilungen der Luftwaffe, der SS und der Polizei.

Der Oberbefehlshaber der Luftwaffe die Unternehmungen in der Luft mit den mir vorgeschlagenen Kräften.

3. Aufgaben:

a) Heer: Der Einmarsch nach Österreich hat in der mir vorgetragenen Art zu erfolgen. Das Ziel für das Heer ist zunächst die Besetzung von Oberösterreich, Salzburg, Niederösterreich, Tirol, die schnelle Besitznahme von Wien und die Sicherung der österreichisch-tschechischen Grenze.

b) Luftwaffe: Die Luftwaffe hat zu demonstrieren und Propagandamaterial abzuwerfen, österreichische Flughäfen für eventuelle nachzuziehende Verbände zu besetzen, das Heer in dem erforderlichen Umfange zu unterstützen und außerdem Kampfverbände zu besonderen Aufträgen bereitzuhalten.

4. Die für das Unternehmen bestimmten Kräfte des Heeres und der Luftwaffe müssen ab 12. März 1938 spätestens 12 Uhr einmarsch- beziehungsweise einsatzbereit sein. Die Genehmigung zum Überfliegen und Überschreiten der Grenze und die Festsetzung des Zeitpunktes hiefür behalte ich mir vor.

5. Das Verhalten der Truppe muß dem Gesichtspunkt Rechnung tragen, daß wir keinen Krieg gegen ein Brudervolk führen wollen. Es liegt in unserem Interesse, daß das ganze Unternehmen ohne Anwendung von Gewalt in Form eines von der Bevölkerung begrüßten friedlichen Einmarsches vor sich geht. Daher ist jede Provokation zu vermeiden. Sollte es aber zum Widerstand kommen, so ist er mit größter Rücksichtslosigkeit durch Waffengewalt zu brechen. Übergewalt österreichische Verbände treten sofort unter deutschen Befehl.

6. An den deutschen Grenzen zu den übrigen Staaten sind einstweilen keinerlei Sicherheitsmaßnahmen zu treffen.

Adolf Hitler

ihre eigene Kultur zu schaffen. Die praktischen Bemühungen, dieses Ziel durchzusetzen, werden mit dem Namen Kulturpolitik bezeichnet. So ist zwar die Weltanschauung ein kulturschöpferischer Faktor ersten Ranges, aber sie ist auch zugleich Ursache dafür, daß die Auseinandersetzungen im kulturpolitischen Bereich so affektgeladen, so gefühlsbetont und heftig sind. Sachliche Argumente spielen daher in einem solchen Kulturkampf — der prinzipiell ja immer latent vorhanden ist — eine untergeordnete Rolle und werden nur als Deckmantel der eigenen emotionalen Überzeugung oder zur Bestärkung der eigenen Überzeugung verwendet.

Es wird bereits aufgefallen sein, daß bisher immer nur die Rolle der Weltanschauung (unter Einschuß der Religionen) als Kulturfaktor behandelt wurde, niemals aber auf einen anderen ebenfalls geistigen Faktor hingewiesen wurde, der gerade in weiten Bereichen der heutigen Welt eine dominierende Rolle spielt: die Ideologie. Der Unterschied zwischen Weltanschauung und Ideologie liegt darin, daß eine Weltanschauung im allgemeinen mehr Gewicht auf die Beziehung des Irdischen zu einem Transzendenten legt. Die Weltanschauung beschäftigt sich in größerem Maß mit theoretischen Erwägungen, mit ihrem eigenen Ausbau, während eine Ideologie sich mehr mit praktischen irdischen Anliegen beschäftigt. Daher beeinflusst die Ausgestaltung einer Ideologie sehr stark die sozialen Interessen der Gruppe, die eine bestimmte Ideologie ausbildet und vertritt. In diesem Sinn ist die Feststellung von K. Marx zu verstehen, daß eine Ideologie als Überbau wirtschaftlichen Gegebenheiten anzusehen ist. Wenn sich die Ideologie auch mehr mit praktischen Dingen beschäftigt, so steht doch hinter den ideologischen Überlegungen in Wirklichkeit ein sehr starkes metaphysisches Bedürfnis, so daß auch bei einer Ideologie die Bindung an ein Transzendentes oder dessen scharfe Ablehnung die ideologische Grundhaltung bestimmen. Es ist aus diesen Festlegungen zu ersehen, daß jedenfalls die Grenze zwischen Weltanschauung und Ideologie sehr undeutlich und verschwimmend ist. In der Praxis wird man als Ideologie die geistige Konzeption einer politischen Partei bezeichnen und als Weltanschauung eine Religion oder ein subjektives Weltbild eines einzelnen oder einer Gruppe, die selbst nicht direkt als politische Partei auftritt.

Aus den bisher erörterten Beziehungen von Kultur und Weltanschauung ergibt sich, daß eine Partei mit einer schlecht oder wenig ausgeprägten Ideologie keine konsequente und klare Kulturpolitik betreiben kann und aus diesem Grund keine Wertschätzung beim größten Teil der Intellektuellen und Künstler besitzen wird. Wenn nun sogar unter Verkenennung der Funktion der Ideologie die Notwendigkeit einer solchen für die Partei überhaupt geleugnet und diese als bloße

Interessengemeinschaft oder etwa bloß als eine Vereinigung zur Organisierung von Wahlen hingestellt wird, so kann eine solche Partei überhaupt kein kulturpolitisches Konzept entwickeln; man vermeint dann, auch im kulturellen Bereich mit materiellen Forderungen allein das Auslangen zu finden. Der Irrtum zu glauben, damit bei den kulturell interessierten Schichten der Bevölkerung Anklang zu finden, wird meist nicht eingesehen.

In der Art, in welcher kulturpolitische Auseinandersetzungen ausgetragen werden, zeigt sich, wie gefühlsbetont die Auffassungen sind. Und daraus folgt der Hinweis darauf, in welchem hohem Maß weltanschauliche und ideologische Motive hinter jeder kulturpolitischen Aktion stehen. Wenn dann die Frage auftaucht, ob das so sein müsse und ob das gut wäre, dann muß geantwortet werden: Ja, es muß so sein, wie jede Naturnotwendigkeit sein muß. Wobei es völlig unwichtig bleibt, ob diese Beziehung gut oder schlecht ist: Denn immer ist Kulturpolitik der unmittelbarste Versuch, das menschliche Leben nach den Grundsätzen einer Weltanschauung oder einer Ideologie zu gestalten.

Von welcher Seite aus, ob von Seite der Weltanschauung oder von Seite der Kultur, man die Beziehung von Weltanschauung und Kultur betrachtet, ist gleichgültig. Man gelangt immer zu dem gleichen Ergebnis: Die entscheidende Grundlage jeder Kultur und jeder Kulturentwicklung bildet die Weltanschauung. Der Verlust einer Weltanschauung — also eine Rationalisierung und rein wissenschaftliche Weltauffassung — hat immer einen Kulturverlust, eine Verflachung der Kultur, zur Folge. Große kulturelle Leistungen sind immer in weltanschaulich stark bewegten Zeiten entstanden, denn jene brauchen die gewaltige Spannung zwischen Weltanschauung und Wirklichkeit. Und wenn man heute über einen Kulturrückgang klagt, dann mag dieser nicht zuletzt seine Ursache in der fast weltanschauungsfreien Lebenshaltung der heutigen Zeit haben. Wenn nämlich diese Einstellung zwar die möglichen Konflikte zwischen den Menschen abschwächt und so die Menschheit vor vielem Leid bewahrt, so muß dafür eben als Preis der Verzicht auf eine kulturelle Blüte betrachtet werden. Eine Zeit der Weltanschauungsindifferenz wird daher immer eine Zeit der Konservierung, niemals aber einer Weiterentwicklung der Kultur sein müssen. Es liegt in der persönlichen Einstellung jedes einzelnen, ob er einer Zeit voll weltanschaulicher Spannung oder einer Zeit des weltanschaulichen Desinteresses den Vorzug gibt. In keinem Fall jedoch kann die prinzipielle wechselseitige Abhängigkeit von Kultur und Weltanschauung aufgehoben oder bestritten werden.

*) K. Jaspers: „Der philosophische Glaube.“

Prozeß gegen ehemalige Angehörige der Gestapo

Als nichtschuldig bezeichneten sich vor einem Gericht in Hannover der ehemalige Chef der Gestapoleitstelle Lodz, Bradfisch, und der damalige Kriminalkommissar Fuchs, die sich wegen Beihilfe zum Mord an 85.700 Juden verantworten müssen. Nach der Anklage wird Bradfisch Beihilfe zum Mord an 15.700 Juden aus dem Getto von Lodz im Vernichtungslager Chelmo vorgeworfen, während Fuchs für die Ermordung von 70.000 Juden mitverantwortlich gewesen sein soll.

Der jetzt 52 Jahre alte ehemalige SS-Hauptsturmführer Fuchs aus Breslau war nach dem Krieg bis 1960 Verwaltungsangestellter im niedersächsischen Vertriebenenministerium. Bradfisch, der zuletzt als Versicherungskaufmann in Kaiserslautern tätig war, fungierte in Lodz als Leiter der Gestapostelle. Beide Angeklagte sind seit etwa drei Jahren in Haft.

Bradfisch ist wegen seiner Tätigkeit als Einsatzkommandoleiter in der Sowjetunion im Juli 1961 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden und verbüßt diese Strafe zur Zeit in Süddeutschland.

Im einzelnen wirft die Anklage Fuchs Beihilfe zum Mord an 70.000 Juden des Gettos Lodz vor, während Bradfisch der Beihilfe zum Mord an 15.700 Juden beschuldigt wird. Gegen Fuchs wird außerdem der Vorwurf erhoben, er habe 46 Juden eigenhändig erschossen, die sich der Überführung in das Vernichtungslager Kulmhof widersetzen. Fuchs war in Lodz der Sachbearbeiter für Judenangelegenheiten.

Zu Beginn des Prozesses, dessen Vorbereitung vier Jahre gedauert hatte, beantragte der Verteidiger die Vertagung des Verfahrens. Nach zweistündiger Beratung verkündete das Gericht seinen Beschluß, den Vertagungsantrag abzulehnen. Vor

allem wies es das Argument zurück, der Angeklagte Fuchs sei durch die vierzigmonatige Untersuchungshaft in seiner Verteidigung behindert gewesen.

Auf die Frage, ob er sich der ihm zur Last gelegten Verbrechen für schuldig erkläre, antwortete Bradfisch, er habe von den Vergasungen im Lager Chelmo nichts gewußt. Die Befehle zum Abtransport der Juden aus dem Getto seien seines Wissens vom Reichssicherheitsamt in Berlin gekommen. In den Befehlen habe aber nie etwas von Tötung gestanden.

Fuchs gab an, er habe angenommen, die Juden sollten nur deshalb von Lodz nach Chelmo verlegt werden, weil das Getto Lodz überfüllt gewesen sei. Zu dem Vorwurf, er habe 46 Männer, Frauen und Kinder eigenhändig erschossen, erklärte Fuchs, er habe nie mutwillig auf einen Menschen geschossen, sondern nur, wenn es dienstlich unbedingt erforderlich gewesen sei.

Der Prozeß wird voraussichtlich sechs Wochen dauern. Zu dem Verfahren sind mehr als 100 Zeugen aus mehreren Ländern Europas und Übersee geladen, darunter aus Israel und den USA.

*

Festnahme eines früheren SS-Mannes

Der 48jährige Westberliner Kaufmann Heinrich Feiertag wurde unter dem dringenden Verdacht, während des Krieges an Massenerschießungen in Lublin (Polen) beteiligt gewesen zu sein, festgenommen. Wie in Berlin bekannt wurde, hatte ein Richter in Hannover Haftbefehl erlassen.

Feiertag soll als Angehöriger der ehemaligen SS-Einheit Dirlwanger im Distrikt Lublin Hunderte von Menschen erschossen haben. Er gab in Berlin zu, daß er im Frühjahr 1941 der berüchtigten Einheit angehörte, deren bestialische Methoden beim Ermorden von Juden und Kriegsgefangenen selbst ihre Vorgesetzten erschreckten.

Die FPÖ in ihren Worten

Eine sehr unvollständige, aber trotzdem aufschlußreiche Dokumentation

„Deutsche Soldatenzeitung“ (Juni 1959), FPÖ-Obmann Peter schreibt: „Ich finde es würdelos, wenn Unbelehrbare die ‚österreichische Nation‘ gewaltsam in Szene setzen wollen... Unser Bekenntnis zum deutschen Charakter Österreichs ist nicht etwa ein überholter ‚Pangermanismus‘. Es ist eine Voraussetzung für ein Bekenntnis zum Vereinten Europa. Die gleichen Leute, die unsere deutsche Geschichte verleugnen, bekämpfen auch Österreichs Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.“

„Neue Front“, 27. September 1958: „Die vornehmste dieser Aufgaben ist die Abwehr aller Bestrebungen, die auf eine Loslösung Österreichs vom Deutschtum gerichtet sind. Wir haben in den deutschen Österreichern das Bewußtsein wachzuhalten, ein Teil des deutschen Volkes mit allen sich aus dieser Zugehörigkeit ergebenden Rechten und Pflichten zu sein.“

Aus „Richtlinien freiheitlicher Politik in Österreich“: „Die ‚österreichische Nation‘ ist dagegen erst im Jahre 1945 erfunden worden. In einer Zeit, in der mit Recht die Herstellung enger Bindungen zwischen den freien Völkern West- und Mitteleuropas als einziges Mittel gegen die Gefahr des Bolschewismus angesehen wird, ist es ein Vorgehen, wie es europafeindlicher nicht gedacht werden kann, wenn man versucht, die tausendjährige, in Abstammung, Geschichte und Kultur begründete Verbundenheit der Österreicher mit dem deutschen Volk zu zerreißen.“ (Seite 5.)

Kärntner Grenzlandjahrbuch 1961: „Wer leugnet, daß Österreich deutsch ist, kann nicht von einer deutschen Mutter geboren worden sein oder er ist ein Verräter seines Blutes.“

„Neue Front“, 22. Oktober 1960: „Der Grazer Parteitag (1960) bekennt sich zur deutschen ‚Volksgemeinschaft‘, zur ‚deutschen Kulturgemeinschaft‘ und zur ‚deutschen Schicksalsgemeinschaft‘.“

„Kärntner Nachrichten“: „Brenne — Licht deutscher Weihnacht“: „... Weihnachten, das deutscheste aller Feste... Das Unheil, das uns wirtschaftlich und politisch bedroht, wurzelt in dem Versuch, unserem Land den deutschen Charakter zu nehmen... Wir müssen zurückkehren zu den Quellen unseres Seins, zu den lebensspendenden, glückbringenden Quellen deutschen Volkstums.“ (Weihnachten 1962.)

Kärntner Grenzlandjahrbuch 1961: „Es waren Politiker, nicht selten vom geschäftstüchtigen Ausland verführt, die das deutsche Volk in den Krieg führten. Als die Kriegsfackel entflammt war und es galt, die Heimat zu verteidigen, hat das ganze Volk seine Pflicht erfüllt, an der Front und in den Fabriken, in der Werkstatt und am Pflug. Auch Frauen und Kinder standen im Einsatz.“

Kärntner Grenzlandjahrbuch 1961: „Seit 1945 hat die Entartung des ganzen deutschen Volkes in beängstigendem Ausmaß um sich gegriffen.“

Verteidigt wurde das Heiligste, das Vaterland... Verräter hatten die höchsten Strafen zu erwarten. Was jedoch 1945 geschah, ist... eine Abkehr vom alten Recht, eine Umkehr zum Bösen.“

„Neue Front“, 20. September 1958 (Aus der Antrittsrede des Bundesparteiobermannes Peter auf dem FPÖ-Parteitag 1958): „Die Eidestreue der Soldaten des zweiten Weltkrieges muß eine vollinhaltliche Würdigung erfahren.“

... Von jenen, die schon einmal den Eid gebrochen haben, halten wir nicht viel, denn allzusehr haben sie sich nach 1945 gebrüstet, wie sie die Wehrkraft zersetzt, die Gemeinschaft verraten und den Zerfall geschürt haben.“

„Neue Front“, 4. März 1961: „Rückfall in das Jahr 1945 — Der Eichmann-Prozeß als Auftakt zu neuer, weltweiter Deutschenhetze — Warum schweigt das Weltgewissen zum Massenmord an Deutschen?“

... Grundsätzlich sucht man die Mörder nur unter den Deutschen. Wir glauben, das beharrliche Schweigen des Weltgewissens zum Völker- und Massenmord, der während des Krieges und nachher an Deutschen verübt wurde, ist angesichts der neuen antideutschen Welthetze noch unerträglicher geworden... Keine Einschüchterung und kein noch so unerhörter Terror wird uns je davon abhalten können, daß wir uns gegen die lügenhafte Methode, die Deutschen zu einem Volk von Verbrechern stempeln zu wollen, zur Wehr setzen.“

„Kärntner Nachrichten“, 10. Februar 1962: „Wie lange noch das eigene Haus beschmutzen? (Leserbrief, gekennzeichnet K. L.)“

**Sozialismus ist nicht die
Erhaltung der bestehenden
Ordnung, sondern vielmehr
Herstellung einer besseren**

„Mit Empörung hat die breite Öffentlichkeit die Sendungen im Österreichischen Rundfunk über das Vernichtungslager Auschwitz gehört. Es wird sicher furchtbar gewesen sein. Doch die Absicht, das ganze deutsche Volk zu belasten, über den eigenen Rundfunk, ist für uns ehemalige Soldaten unverständlich. Wer spricht von den Verbrechen, die an Deutschen begangen wurden nach dem Krieg...? Wann wird mit der Haßpropaganda gegen das eigene Volk endlich Schluß gemacht?“

„**Neue Front**“, 6. Jänner 1962: „...Die so überlaut verherrlichten Ideale des Widerstandskampfes können in manchen jungen Menschen leicht die Meinung aufkommen lassen, die Auflehnung gegen die Staatsgewalt sei an sich etwas Ehrenhaftes und Erstrebenswertes. Durch den Übereifer, mit dem gewisse Heldentaten der Widerstandsbewegung und Partisanen immer wieder verherrlicht werden, werden die Grenzen zwischen Erlaubtem und Unerlaubtem im Hinblick auf Anschläge gegen die Staatsgewalt in unheilvoller Weise verwischt.“

„**Neue Front**“, 19. April 1958: Wie lange noch KZler-Ungeist?

„Wenn die KZler könnten, wie sie wollten, dann würden sie ganz Österreich mit KZler-Denkmalern

anfüllen und unser Land mit Schriften, die das Lob der KZler verkünden, überschwemmen... Was an historischer Dokumentation fehlt, ersetzt Herr Otto Molden durch geistige KZler-Bekenntnisse, von denen sein Buch nur so überfließt. Seine Auslassungen sind ungefähr das Unerhörteste, was uns bisher von seiten der Österreichischen Widerstandsbewegung zugemutet wurde...“

Herr Heribert Husinsky ist begeistert über die von Otto Molden aufgezeigten Kontakte mit dem Ausland, durch die die Widerstandsbewegung für die Befreiung Österreichs arbeitete.

Solche Späße wagt man uns vorzusetzen, nachdem wir es ja alle nach 1945 erlebt haben, wie diese Befreiung und die von der Widerstandsbewegung so sehr herbeigesehnten Befreier tatsächlich aussahen...

Das würde diesen Herren so passen, wenn man unsere Jugend mit dem Ungeist der KZler vergiften würde und ihnen Dinge eintrichterte, die keine objektive Geschichtsschreibung jemals aufnehmen wird...

Es genügt allein schon, daß heute noch in Österreich solche Bücher geschrieben, verbreitet und angepriesen werden. Man muß sich wirklich fragen, wie lange dieser Ungeist der KZler die Geduld aller anständigen Österreicher noch mißbraucht!“

Ein Schatten der Vergangenheit

Da saß noch vor kurzer Zeit in der Regierung für Oberbayern der Oberregierungsrat Harster. Er war SS-Brigadeführer im „tausendjährigen Reich“ und damals Vorgesetzter des Rajakovic. Und nach dem Krieg hat er sogar elf Jahre in einem holländischen Gefängnis zugebracht, weil die Holländer ihn 1945 als Polizeichef Himmlers dazu verurteilt hatten. Kaum aus holländischer Haft entlassen, wurde SS-Brigadeführer Harster in den Münchener Verwaltungsdienst als Oberregierungsrat eingestellt, und der bayerische Innenminister Junker fand sogar nichts dabei, denn Harster habe doch nur formelle Aufgaben zu erfüllen gehabt und sei nur wegen seiner formellen Funktion verurteilt worden. Nun ist plötzlich Herr Harster leider krank geworden und der Freistaat Bayern wird ihm Pension zahlen.

Damit das Bild sich runde: Eine Schweizer Zeitung beschuldigt den neuen deutschen Botschafter in Bern, seit 1934 aktiver Nationalsozialist und Karrieremacher im Bereich Ribbentrops gewesen zu sein. Eine große deutsche Illustrierte weist nach, daß der neue deutsche Botschafter in der Türkei, Dr. Gerhardt von Walther, sich in den von deutschen Truppen besetzten Teilen Nordafrikas eifrig darum bemüht, daß die italienischen Behörden schärfer als bis dahin gegen die jüdische Bevölkerung vorgehen. In diesem Zusammenhang klingt es nahezu unglaublich, daß Staatssekretär Dr. Globke jetzt sein Pensionsgesuch eingereicht hat.

Schon Christian Morgenstern sagte vor Zeiten recht poetisch, daß „nicht sein kann, was nicht sein darf“. Natürlich darf es nicht sein, daß etwa ein schuld-beladener Gestapobeamter in Bayern Oberregierungsrat wird. Und da es nicht sein darf, war es denn auch gar nicht so. Der Ton und die Argumente des bayerischen Innenministers Junker waren deshalb darauf ausgerichtet, nachzuweisen, daß dieser Leiter der Gestapo in Holland so ziemlich alle Holländer, vor allem der Widerstandsbewegung, zu persönlichen Freunden oder zumindest als Persilscheinlieferanten zur Verfügung hatte und aus seinem früheren Wirkungsbereich im großdeutsch gewordenen Tirol sogar Weibsbische der katholischen Kirche kannte, die für ihn „Empfehlungen“ zu seiner Wiedereinstellung in die politische Verwaltung Bayerns abgaben.

Der geheimnisvolle Offizier der holländischen Armee, der angeblich günstig für Dr. Harster aus-

sagte, hat sich prompt gemeldet und festgestellt, er habe nur eine allgemeine Beurteilung deutscher Persönlichkeiten abgegeben und könne sich an Dr. Harster nicht erinnern. Gemeldet hat sich auch der zitierte Weibsbischof und Generalvikar von Feldkirch in Vorarlberg, Wechner, und ein Tiroler Landrat.

Hiebei ist eine deutliche und betonte Akzentverschiebung festzustellen. Der Weibsbischof sagte sehr nachdrücklich, seine Äußerung, als er vor Jahren nach Dr. Harster gefragt wurde, habe nicht den Sinn einer Empfehlung gehabt. Er habe lediglich gesagt und bestätige dies, daß Dr. Harster sich „soweit kirchliche Belange in Frage gestanden hätten, im Vergleich zu anderen Gestapofunktionären relativ maßvoll verhalten habe“. Es geht also nicht um gut getarnte Widerstandsverhandlungen oder etwa um besonders auffälliges menschliches Verhalten, sondern um relatives Maßhalten im unmittelbaren Vergleich zu anderen Gestapokollegen. Das kann menschliche, das kann auch religiöse Gründe haben.

Unter der Hand erfährt man noch, Harster sei sogar mit politischen Gefangenen „ordentlich“ umgegangen. Was dann später mit diesen Gefangenen geschah, das ging natürlich den SS-Brigadeführer aus dem Jahre 1938 nichts weiter an. Dafür gab es andere Instanzen und Männer, vor allem nach Ausbruch des Krieges, in Holland beispielsweise. Es war alles wohlgeordnet im Dritten Reich. Da gab es Unternehmen, die die Blausäure lieferten, und Menschen, die wußten, wie man damit umgeht. Noch andere planten und setzten die Krematorien in Betrieb. Noch andere waren einfache Transportfachleute, wie Eichmann, und es muß gesagt werden, daß die Vermutung besteht, der Herr Raja aus Mailand alias Rajakowitsch habe zu diesem Transportteam eben in Holland gehört. Jedenfalls war er aus dieser Zeit und in diesem Land mit Dr. Harster

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen mitgearbeitet:

Karl Blei, Hein Hamacher (Köln), Hubert Mader, Gerhard Mauz, Franz Murko, Oskar Passauer, Franz Skotton, Rudolf Trimmel.

Zu allen Zeiten geben die Väter und Mütter ihre Pläne und Träume von einer besseren Zukunft an ihre Söhne und Töchter weiter, erkennen in ihnen die Träger einer schöneren Welt. Es sind die kommenden Geschlechter, die uns hoffen lassen, und darum rufen wir am Welttag des Kindes auf, allen Kindern, die in Not und Gefahr sind, zu helfen, wo sie auch leben, welcher Rasse und Nation sie auch angehören, zu welcher Religion ihre Eltern und sie selber sich auch bekennen!

... in den weiten Gebieten der Erde, wo auch heute noch, im Jahrhundert rasch wachsender Gütererzeugung, der Hunger der ärgste Feind ist, wo für ein Kind eine Handvoll Getreide, ein Bissen Brot, ein Stückchen Fisch oder noch weniger tägliche Nahrung bedeutet! So leben Millionen Kinder! Eine Scheibe Brot oder ein Glas Milch, täglich von jedem von uns für diese Hungernden geopfert, könnte viel bittere Not lindern.

...in den Urwäldern und Sumpflandschaften, in den Wüsten und Bergschluchten ferner Zonen, wo die Kinder von bösartigen Krankheiten bedroht sind, im zarten Alter dahingerafft oder durch sie zu grauenhaftem Siechtum verdammt werden. Der Preis für eine einzige Pille, vielleicht gegen harmlose Kopfschmerzen bestimmt, für diese Gefährdeten von allen Österreichern einmal im Monat gespendet, könnte nicht wenigen von ihnen helfen.

...auch in unserer Heimat, da geheime Verführer (Bier, Wein und Schnaps als Feind der ganzen Familie, Schmutz und Schund in vielfältiger Form als Gefährdung unserer Kinder!) die körperliche und seelische Entwicklung unserer Jugend ernsthaft bedrohen! Die gemeinsame Kraft aller Eltern Österreichs wird aufgerufen, dieser geistigen Vergiftung der kommenden Generation endlich Einhalt zu tun.

...und kein begabtes Kind darf vergessen werden, wenn die wirtschaftlichen Mittel der Familie nicht ausreichen, um es studieren, seinen Fähigkeiten entsprechend so ausbilden zu lassen, daß sich seine Begabung zu eigenem innerem Glück, zur Freude der Eltern und zur Ehre Österreichs entfalten kann.

Am Tag des Kindes rufen wir zur Hilfe auf, für alle Kinder, die in Not und Gefahr sind! Mögen viele Freunde der Kinder in unserer Heimat bereit sein, ihnen nach Kräften zu helfen.

Raja-Rajakowitsch tauchte nach dem Krieg als Kaufmann Enrico Raja in Mailand unter. Dr. Harster dagegen bewarb sich auf Grund des 131er Gesetzes um Wiedereinstellung als Beamter und wurde mit den Jahren Oberregierungsrat in der politischen Verwaltung Oberbayerns. Womit wieder einmal die Vergan- genheit bewältigt wurde, — von Dr. Harster zumindest. Sein Rückzug in den Krankenstand (aus rein medi- zinischen Gründen, versicherte Innenminister Junker) wird einer baldigen Genesung sicherlich förderlich sein.

Wie aber kommt man zu Persilscheinen? Mitläufer haben sich nach dem Krieg persönlich darum bemühen müssen.

Was aber offenbar überhaupt nicht erwogen wurde, als Dr. Harster als Spätestheimkehrer amnestiebegnadet in die bayerische Verwaltung heimkehrte, das ist die ganz schlichte Frage, ob die Bundesrepublik es sich politisch leisten kann, einen Mann, der derartige leitende Funktionen in einem von Hitler überfallenen und besetzten Lande ausübte, wieder in ihre Verwaltung aufzunehmen. Man darf diese Frage wohl auch dann verneinen, wenn dem Dr. Harster kein unmittelbar definierbares Verbrechen nach deutschem Recht zur Last gelegt wird. Schon die persönliche Verbindung zu seinem alten Freund Raja-Rajakowitsch, von dem er zumindest wissen mußte, daß er aus naheliegenden Gründen seinen Namen geändert hatte, disqualifiziert ihn als Beamten einer demokratischen Republik.

Verurteilung eines ehemaligen SS-Offiziers in Österreich

Nach dem Freispruch des SS-Mannes Murer, der ebenfalls in Grätz vor Gericht stand, war zu befürchten gewesen, daß auch im Fall Rojkos versucht werden würde, die Gemütsbewegung und den begreiflichen Haß der ihrem ehemaligen Peiniger gegenübergestellten Opfer zur Entkräftung ihrer Aussagen anzuführen. Es fehlte nicht an Versuchen, Staatsanwalt und Geschworene zu beeinflussen, unter anderem durch anonyme Telefonanrufe, doch waren die Zeugnisse derart eindeutig und zahlreich, daß nur völlige Unbeliebbarkeit und politische Absicht ein anderes Urteil hätten fällen können. Zum Teil wenigstens ist das durch eine Reihe von Prozessen gegen Naziverbrecher erschütterte Vertrauen in die österreichische Rechtsprechung wieder repariert worden.

Kriminalrat Saevecke

Theo Saevecke, bis vor kurzem stellvertretender Chef der Sicherungsgruppe Bonn des Bundesverfassungsschutzes und früher Leiter des Referates Hoch- und Landesverrat, hatte an der „Nacht und Nebel“-Aktion gegen den „Spiegel“ einen hervorragenden Anteil genommen. Wer ist dieser Theo Saevecke?

Saevecke, der aus Lübeck stammt, war bereits lange vor Hitlers „Machtergreifung“ ein fanatischer NS-Pimpf. Er verfaßte üble antisemitische Spottverse auf einen Lehrer, den die Fama als „Judenabkömmling“ erklärte. Der Arme war in Wahrheit ein guter evangelischer Christ...

Als 17-jähriger Sekundaner gründete Saevecke eine illegale SA-Schulzelle (das war im Jahre 1928!) und trat heimlich den ersten Formationen der Lübecker SA bei. Als 23-jähriger hatte er eine beachtliche Funktion in der Kriminalpolizei des Dritten Reiches, und im Jahre 1940 war der 29-jährige Hauptsturmführer. An allen Überfällen auf Juden, Mitglieder des republikanischen Reichsbanners Schwarz-rot-gold und sozialistische Funktionäre war seine Elite- und Schockformation der NSDAP führend beteiligt. Von ihr gingen auch die sogenannten „Kurfürstendamm-Pogrome“ vom März 1932 aus.

Im Jahre 1942 war Saevecke Sonderbeauftragter des SD (Gestapo) in Libyen und Tunis. Er wurde unter anderem zur Bereinigung der Judenfrage eingesetzt und

Eine Bitte an unsere Mitarbeiter

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, die für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, alle Manuskripte immer nur einseitig zu beschreiben.

Zeugen sagen aus...

...mit den Angeklagten weder verwandt noch verschwägert? Der Vorsitzende im sogenannten Kulmhof-Prozeß, Landgerichtsdirektor Kurt Riemann, stellt den Zeugen gemäß der Strafprozeßordnung diese Frage und sie bestätigen: sie sind mit den ehemaligen SS-Führern Günter Fuchs und Dr. Otto Bradfisch weder verwandt noch verschwägert. Doch während die meisten der vom Schwurgericht in Hannover bisher gehörten Zeugen diese Erklärung abgeben, bekommt sie für das Publikum und wohl auch für das Gericht eine ironische, böse Färbung. Diese Zeugen sind nicht „verwandt oder verschwägert“, aber an ihren Aussagen ist zu spüren, daß sie den Angeklagten wenigstens in der Rücksicht gegenüber der gemeinsamen Vergangenheit verbunden sind.

Es geht gegen Fuchs und Bradfisch um die Beihilfe zum Mord an 85.700 Juden in den Jahren 1941 und 1942. Die „Entjudung des Warthegaues“ nannte man damals die jedem Recht hohnsprechende, unmenschliche „Aktion“; und Dokumente, die in Hannover verlesen werden, machen ein weiteres Mal deutlich, wie damals Mord in Form von Verwaltungsvorgängen gekleidet wurde, als gelte es, Ungeziefer zu beseitigen.

Da wird der Schriftverkehr Reichsbahn-Gestapo zitiert, denn selbstverständlich „erstellte“ die Reichsbahn eine Kostenrechnung für die Sonderzüge, mit denen die Opfer in die Gaswagen von Kulmhof geschafft wurden. Und für den „Kameradschaftsabend“, mit dem man den Abschluß der „Aktion“ und die Schließung des Lagers feierte, hat natürlich auch die „Gaststätte Riga“ seinerzeit korrekt ihre Rechnung vorgelegt.

Die Zeugen, die weder „verwandt noch verschwägert“ sind, haben keine rechte Erinnerung mehr. Sie gehörten zur Bewachung oder zum Transportkommando, und einer auch war bei der Verwaltung. Ihm unterstand die Abrechnung: die Auszahlung des Soldes und nicht zuletzt der Sondervergütungen.

Der Zeuge G. ist ein kleingewachsener Mann, und seine „Untergröße“, so drückt er sich aus, hat ihn auch nur auf dem Weg über seine Rechnungsführertätigkeit, auf dem Weg der Übernahme mit Rangangleichung, in die SS kommen lassen. Zusätzlich zum Gehalt zahlte er weisungsgemäß 12, 14 oder 16 Reichsmark aus; eine „Trennungsschädigung“ oder „Beschäftigungsvergütung“, wie man es auch nennt: etwas, „was es ja auch heute für Beamte gibt“. Der Zeuge weist darauf nachdrücklich hin.

Das Geld dafür allerdings holte er bei der Gettoverwaltung, die ihren Sitz in Lodz, damals Litzmannstadt, hatte. Die hatte es aufzubringen aus den Beträgen, die man den Juden in Kulmhof abgenommen hatte. Der Zeuge G. lieferte das Geld

hat an der erbarmungslosen Jagd auf Juden in diesen Gebieten teilgenommen. Über 10.000 Juden, darunter zahlreiche Frauen und Kinder, sind damals dem Wüten der Gestapo zum Opfer gefallen.

Ab 1943 war Saevecke — man wußte bei Himmler die eifrigen Funktionäre zu ehren — Chef der Gestapo im besetzten Mailand. Unnötig, Einzelheiten über Sinn und Zweck seiner Mission und über ihre tristen Resultate zu geben. Es gibt genug überlebende Zeugen, die Saevecke anklagen.

Ausgerechnet diesen Mann hatte man in Bonn mit der vitalen Aufgabe betraut, die Demokratie vor den Angriffen der Staatsfeinde zu schützen, sie zu schirmen und „abzusichern“...

Österreichische Geschichtsprobleme

Mit dieser Vortrags- und Diskussionsreihe will die Wiener Urania Geschichtsprobleme erörtern, deren Auswirkungen bis in die Gegenwart reichen. Es finden noch drei Vorträge in dieser Reihe statt, auf die wir besonders hinweisen.

31. Oktober: Gend.-Oberstleutnant Dr. Ferdinand Käs:
Staatstreue — Gewissen — Widerstand

7. November: Präsident Nationalrat Dr. Max Neugebauer:
Antisemitismus in Vergangenheit und Gegenwart

14. November: Chefredakteur Dr. Kurt Skalnik:

Wurzeln, Höhepunkt und Nachzügler des Deutsch-nationalismus in Österreich

Die Diskussionsabende beginnen jeweils um 19.30 Uhr und sind frei zugänglich. Allerdings muß an der Kassa der Urania eine Gratiskurskarte gelöst werden.

aus Kulmhof in Lodz ab. „Gegen Quittung“, sagt er, und spricht davon, daß diese Geldübergabe, bevor er nach Kulmhof kam, formlos stattgefunden habe. Er hat eben Ordnung in das Geschäft gebracht, der kleine, heute fünfzig Jahre alte kaufmännische Angestellte, und ist stolz darauf; Unordnung wäre der ärgste Vorwurf, den man ihm machen könnte. Da er bei Ankunft in Kulmhof eine Geheimhaltungsverpflichtung unterschreiben mußte, hat er es ängstlich vermieden, die Dinge zu sehen, die geschahen. „Wenn ich nicht hinsehe, komme ich am besten zurecht“, hat er sich gesagt. „Ich war ja Verwaltungsbeamter, kein Exekutivbeamter.“

Immerhin ist dieser Zeuge („Ich bin immer nur als Zeuge, nie als Beschuldigter gehört worden bis heute“) noch geradezu gesprächig. Andere kennen die alten Kameraden auf der Anklagebank nicht, haben sie nicht gesehen, ja kaum von ihnen gehört. Sie sind schon oft verhört, gegen einige ist ermittelt worden, und mancher wird auch als rechtskräftig Verurteilter aus der Haft vorgeführt.

Sie belasten die Angeklagten nicht, nichts ist zu fassen, nur manchmal rutscht ihnen etwas heraus. Einem zum Beispiel die Behauptung, der Reichsführer SS, Heinrich Himmler, sei „der Typ eines nordischen SS-Führers“ gewesen.

Nur sind in Hannover auch schon zwei Zeugen aufgetreten, die gleichfalls mit ihrem Erinnerungsvermögen rangen. War der Zeuge, der heute in Israel lebt, elf, zwölf oder dreizehn Jahre alt, als er bei einer Razzia in Lodz verhaftet und nach Kulmhof gebracht wurde? Wie alt war er, als er sich auf den Boden legen mußte mit fünf Leidensgefährten, einen Schuß in das Genick bekam, sich tot stellte und später schwer verletzt floh? Ist es oft oder regelmäßig geschehen, daß die Menschen, die er mit anderen zusammen aus den Gasautos heraus-holen mußte, zwar bewußtlos waren, aber noch lebten —, daß sie lebendig verbrannt wurden? Wann hat er, der Zeuge, der heute in Israel lebt, Gebeine aus dem „Krematorium“ heraus-holen müssen und mit einem Stämpfer, wie man ihn beim Straßenbau verwendet, zerkleinern müssen?

Man sitzt im Schwurgerichtssaal in Hannover, durch das bei warmem Wetter geöffnete Fenster hört man draußen einen Springbrunnen. Die einen berufen sich wehleidig und nicht ohne Befriedigung auf die natürliche Schwäche der Erinnerung, und den anderen ist es nicht gestattet, ihr zu entkommen; den anderen muß es zugemutet werden, zurückzugehen in den Abgrund und zu sagen: so war es — das weiß ich nicht mehr genau — das kann ich nicht mehr sagen heute.

Die Gerechtigkeit unter Menschen zeigt ihre Gebrechlichkeit selten so klar, wie in derartigen Verhandlungen. Den einen muß etwas zugestanden, den anderen kann etwas nicht erspart werden um der Gerechtigkeit willen.

Man sitzt in Hannover und kann den Zeugen, die damals entkamen, die soweit sie bisher gehört wurden, leidenschaftslos aussagen, nicht in die Augen sehen.

In einer welt,
in der sich die
menschen umso
überlegener
dünken,
„je steifer ihre
seidengewänder
und je üppiger
ihre roßschweife“^{/*)}
sind, kommt das
menschliche
stets zu kurz,
besonders dann,
wenn auch jene
mandarine
schon
ausgestorben
sind, die gefäße
jahrtausendealter
weisheit waren.
hochmut und
hemdärmeliges
benehmen sind
dafür kein ersatz.

*) altchinesische spruchweisheit

Sammelstelle B berichtet

Fonds der Sammelstelle B
Teil I

Veröffentlichung und Verlautbarung gemäß Art. XVIII der
Statuten

Nachdem nunmehr fast alle Anträge, die unter den Teil I
der Sammelstelle B fallen, rechtskräftig erledigt wurden, ist
es möglich, folgende weitere letzte Zuwendung zu
zahlen:

In der Gruppe A	S 1600.—
In der Gruppe B	S 1333.—
In der Gruppe C	S 1067.—
In der Gruppe D	S 800.—
In der Gruppe E	S 800.—

Diejenigen Antragsteller, die bereits eine Zahlung erhalten
haben, erhalten die oben angeführte Nachzahlung von Amts
wegen angewiesen.

Diejenigen Antragsteller, die eingereicht wurden, aber noch
keine Zuwendung erhalten haben und
diejenigen Antragsteller, die künftig noch eingereicht werden,
erhalten die nunmehrige endgültige Gesamtzuwendung von

S 5600.— in der Gruppe A
S 4666.— in der Gruppe B
S 3733.— in der Gruppe C
S 2800.— in der Gruppe D
S 2800.— in der Gruppe E

Sammelstelle B

Robert Blau m. p.

Franz Kittel m. p.

Aus der DBR

Massenmörder vor Gericht!

Nachdem man länger als neun Monate umfassende Ermitt-
lungen durchgeführt hatte, ist nun durch die Frankfurter
Staatsanwaltschaft die gerichtliche Voruntersuchung wegen
Massenmordes an etwa 30.000 Juden im Raum Pinsk (Sowjet-
union) und mehr als 6000 sowjetischen Kriegsgefangenen bei
Lublin (Polen) eingeleitet worden. Die 18 noch lebenden Be-
schuldigten gehörten dem deutschen Polizeibataillon 306, der
Polizei-Reiterabteilung 2 und der SD-Dienststelle Pinsk an.
Allen Beschuldigten — mit Ausnahme eines Polizeioffiziers,
dem man Mord vorwirft — wird wegen Beihilfe zum Massen-
mord der Prozeß gemacht werden.

Der dringend des mehrfachen Mordes bezichtigte Günter
Walz, der sich in Untersuchungshaft befindet, stammt aus
Augsburg und war früher Hauptmann. Die übrigen 17 Beschul-
digten befinden sich auf freiem Fuß, haben aber Kaution
erlegen müssen. Es handelt sich unter anderen um die beiden
ehemaligen Frankfurter Polizeioffiziere Kuhr und Plantius,
den früheren Polizeimajor Hofmann aus Hamburg und den
ehemaligen Polizeioberleutnant Teltz aus Düsseldorf. Kuhr
und Plantius machten bis zu ihrer Festnahme Dienst bei der
Frankfurter Polizei. Walz soll mehrere Juden erschossen
haben, nur deshalb, weil er sie zufällig im Freien angetroffen
habe.

Nach den bisherigen Ermittlungen waren Angehörige des
Polizeibataillons 306 an der Erschießung von etwa 6000 Kriegs-
gefangenen des Lagers Tiraspol beteiligt, die in den letzten
Septembertagen des Jahres 1941 erfolgte. In dieser Zeit wurden
täglich etwa 600 bis 800 Gefangene unter dem Vorwand der
Verlegung in einen Wald gebracht und in dort vorher aus-
gehobenen Gruben erschossen. Der Massenmord lief unter
der Tarnbezeichnung „Aktion Hühnerfarm“, und die Zahl der
jeweils ermordeten Gefangenen wurde abends als „sicher-
gestellte Eierabführung“ dem Bataillonskommandeur in
Lublin gemeldet.

Die weiteren Erhebungen werden nun vom Untersuchungs-
richter fortgeführt, und es wird sich erweisen, ob nicht auch
in diesem Verfahren wieder etliche Namen von Leuten auf-
tauchen, die sich bis jetzt ungeniert sicher fühlten...



Manchmal

Präsident Kennedy erklärte am Montag, dem 4. September 1963, bei einem Fernsehinterview im Zusammenhang mit dem Vietnamkonflikt auf eine an ihn gerichtete Frage unter anderem:

„Botschafter Lodge wollte selber nach Saigon. Wenn er so vorsichtig wäre, wie es einige Politiker sind, dann hätte er natürlich nicht dorthin gehen wollen. Er hätte wahrscheinlich lieber eine sichere Aufgabe übernommen. — Aber er ist sehr energisch und hat ein starkes Empfinden für die Vereinigten Staaten und stellt dies, so erstaunlich es auch klingen mag, seiner politischen Karriere voran. Manchmal machen Politiker so etwas.“

Henry Cabot Lodge, ein früherer politischer Gegner Kennedys, ist jetzt Botschafter der USA in Saigon.

24 Verantwortliche des KZ Auschwitz kommen vor Gericht

Im größten deutschen Kriegsverbrecherverfahren seit 1945 wurde jetzt Anklage erhoben: 24 ehemalige Verantwortliche des Konzentrationslagers Auschwitz werden sich wegen hunderttausendfachen Mordes verantworten müssen. Der Prozeß findet voraussichtlich im nächsten Jahr statt.

Hauptangeklagter ist der letzte Kommandant von Auschwitz, der frühere SS-Sturmabführer Richard Baer, der erst kurz vor Weihnachten 1960 in Sachsenwald bei Hamburg als „Waldarbeiter Karl Neumann“ aufgespürt worden war.

Auschwitz war das größte Vernichtungslager für die von den Nationalsozialisten ausgedachte „Endlösung der Judenfrage“. Weit über zwei Millionen Menschen — Juden, Polen und Russen — kamen dort in Gaskammern, bei Exekutionen und grausamen Folterungen um. Ausnahmslos lautet die Anklage gegen die Beschuldigten auf Mord. Zahlreiche Verantwortliche von Auschwitz werden jedoch nicht vor ihren Richter treten. Sie konnten sich mit Erfolg einer Großfahndung entziehen. Unter ihnen befindet sich auch der ehemalige KZ-Arzt Mengele. Auf seinen Kopf sind 20.000 Mark Belohnung gesetzt. Man vermutet, daß er sich in Südamerika aufhält.

Die meisten der Angeklagten hatten nach Kriegsende wieder Eingang in die bürgerliche Gesellschaft gefunden. Ausgerechnet als Krankenpfleger arbeitete in Berlin bis zu seiner Verhaftung Oswald Kaduk (56), vom Ersten Staatsanwalt Dr. Großmann als einer der „Hauptschlichter“ bezeichnet. Weiter nannte der Staatsanwalt als Hauptverantwortliche die beiden Adjutanten der Lagerkommandantur, Robert Mulka (58) und Karl Höcker (51) — Höcker hatte sich als Erfinder grausamster Foltermethoden „hervorgetan“ — den ehemaligen SS-Oberscharführer Wilhelm Boger (56) und den bereits wegen seiner Verbrechen im KZ Dachau zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten ehemaligen SS-Hauptsturmführer Franz Hoffmann (56).

Mehrere Angeklagte stehen in dem dringenden Verdacht, aus reiner Mordlust getötet zu haben. „Es gibt einfach keine Tötungsart, die in Auschwitz nicht praktiziert wurde“, sagte Staatsanwalt Großmann.

Er war kein Nazi, er wußte von nichts...

Die vorgesehenen Gastspiele des Grenzlandtheaters in Aachen mit einer von Veit Harlan besorgten Neuinszenierung des Strindberg-Dramas „Ein Traumspiel“ in den holländischen Städten Maastricht, Heerlen und Kerkrade werden nicht stattfinden. Die Theaterdirektionen, die das Stück zeigen wollten, respektierten am Wochenende den Protest niederländischer Zeitungen und zogen ihre Gastspielverpflichtungen zurück. Wir haben über Veit Harlan mehrmals geschrieben.

Die holländischen Zeitungen hatten die Theater in ihrem Land zu dem Schritt mit der Begründung veranlaßt, daß Veit Harlan durch seinen antisemitischen Film „Jud Süß“, in dem auch seine Frau Kristina Söderbaum mitwirkte, für die Bühnen der Niederlande untragbar sei. Außerdem sei er der maßgebliche Nazi-Regisseur im „Dritten Reich“ gewesen.

Bei der Premiere in Aachen war das Ehepaar — ewig gestrig Begeisterte gibt's eben immer — mit Ovationen überschüttet worden. Und in einem Interview mit UPI sagte Veit Harlan, sich des bekannten Unschußsvokabulariums aller Kollaborateure bedienend, zu den Stellungnahmen der niederländischen Presse: „Ich bin niemals ein Nazi gewesen. Das ist eine böswillige Verleumdung. Personen mit einer aktiven Nazivergangenheit haben mich in diese Schwierigkeiten

gebracht. Sie entnazifizierten sich, indem sie auf mich den Schmutz abluden. Es war die Tragödie meines Lebens, daß ich ein begabter Regisseur war, der mit einem lebhaften Eifer gute Filme zu drehen versuchte. Ich mußte (!) einfach den Film „Jud Süß“ übernehmen, und ich finde es unglaublich, daß man mir noch immer aus dieser Tatsache Schwierigkeiten macht.“

Zu den Vorwürfen über seine umstrittene Vergangenheit im „Dritten Reich“ sagte Harlan: „Bei einem Entnazifizierungsverfahren im Jahre 1948 wurde ich von jeder Schuld in allen Punkten freigesprochen, und das, obgleich in den Spruchkammern Juden und Kommunisten saßen. Ich wurde schließlich in die Gruppe fünf eingestuft.“

Harlan teilte in diesem Zusammenhang mit, daß er gerade in Berlin über die Herausgabe eines Buches von ihm verhandelt habe. Das Buch wird den Titel „Entlastet, Gruppe fünf“ tragen. „Warum läßt man mich nicht ohne Schwierigkeiten arbeiten“, beklagte sich Harlan. „Ich arbeite gern und möchte gute Arbeit leisten, aber sie lassen mich nicht.“

Bereits bei der Regieverpflichtung Veit Harlans am Grenzlandtheater Aachen war es zu einer aufsehenerregenden Auseinandersetzung gekommen. Die Direktion hatte die Verpflichtung unter dem Eindruck von Protesten rückgängig machen wollen. Harlan strengte daraufhin ein Arbeitsgerichtsverfahren an, das er gewann und das die Theaterleitung zwang, dem Regisseur die Möglichkeit zu geben, das Stück zu inszenieren.



Vor 25 Jahren:

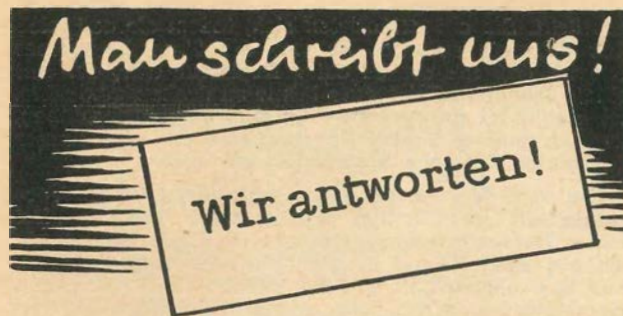
Staatszugehörigkeit: Österreich

Um 6 Uhr früh beginnt meine Arbeitsschicht in der Lackfabrik. Wie ich zum Betrieb komme, steht schon das „Steyrerbaby“ dort. Ich dachte mir: Was will denn die Gestapo noch? Zwei Frauen haben sie schon geholt; die können uns doch nichts machen. Sie können uns doch nur beweisen, daß wir eine Solidaritätsaktion machten. Für die Unterstützung von Frauen und Kindern der verhafteten Arbeiterfunktionäre können sie uns doch höchstens auf einige Stunden einsperren.

Ja, damals ahnte ich nicht, daß wir dafür bis zu 9 Jahre Zuchthaus kriegen werden. Andere wurden sogar zum Tode verurteilt. Um zirka 8 Uhr waren dann die zwei Herren bei der Maschine: „Bitte machen Sie kein Aufsehen, wir haben nur ein paar Fragen an Sie.“ Nach der Durchsuchung bei der Maschine, im Garderobekastl und einer gründlichen Hausdurchsuchung landeten wir am Morzinplatz.

Die bis dahin freundlichen Wiener Beamten führten mich in den 4. Stock, wo der Referent begann, vorerst meine Personalien aufzunehmen. Also: wie alt, geboren wo, Religion, Staatszugehörigkeit. Ich gab bereitwillig Antwort: 40 Jahre alt, geboren in Wien, Staatszugehörigkeit Österreich; da erhielt ich einen Faustschlag ins Gesicht. Bevor ich noch protestieren konnte, fragte der Referent: „Staatszugehörigkeit?“ — „Österreich“, antwortete ich, aber schon wieder hatte ich einen Schlag mitten ins Gesicht und vom zweiten Mann einen von rückwärts über Ohr und Schläfen. Der Referent fragte monoton weiter: „Zuständig?“ Da sagte ich: „Wien“. — „Aha, der hat begriffen“, sagte der Referent und beide Männer stimmten ihm zu. „Ja, Österreich! Diesen Saustall haben wir auf ewig zertreten“, sagten die Gestapo-Leute.

R. K. (Wien XXII.)



Altpensionisten — Pensionsnachzahlung

Mit der 11. Novelle zum ASVG ist wenigstens ein wesentlicher Teil der Härten beseitigt worden, denen sich die Ältesten unter unseren Alten gegenübersehen. Wir schreiben darüber in der vorliegenden Nummer unserer Zeitung*). Dazu schreibt uns der frühere Obmann der gewerkschaftlichen Pensionisten unter anderem:

Man könnte sich über diesen Erfolg ehrlich freuen, wenn ihn wenigstens ein größerer Teil der Berechtigten erlebt hätte und die Aufwertung der armseligen Pension von 90 DM bis 180 DM monatlich gerechter erfolgt wäre.

Dazu kommt noch, daß schon das SVÜG vom 12. Juni 1947 einwandfrei als den Zahlungspflichtigen das neue Pensionsinstitut bestimmt hatte (§§ 55, 56).

In einer Pensionistenversammlung riefen die alten Leute, „trotz der Erfolge, die schließlich erreicht worden sind, spekuliert man doch wahrhaftig auf unseren Tod“. Nur so ist es verständlich, daß sich die Pensionsanstalten durch das geschilderte Verhalten keine Freunde erworben haben...

Mit bestem Freundschaftsgruß!
O. P. (Wien)

*

Ermittlungen gegen einen Gehilfen Eichmanns

Aus der Deutschen Bundesrepublik liegt ein Schreiben vor uns, das wir deswegen veröffentlichen, weil es gerade in jüngster Zeit bedauerlicher Weise Fälle gegeben hat, die manche Analogien bei uns aufzeigen. Es ist wirklich schon hoch an der Zeit, daß man den immer lauter werdenden Propagandaschallmeien der „Vergesser“ ein eindeutiges „Niemals vergessen!“ entgegengesetzt. Und daß anstatt verlogener Schönfärberei sowie des vielleicht noch gefährlicheren Einlullens endlich die klare und dem Gewissen als auch dem Recht entsprechende Verurteilung begangener Verbrechen erfolge. Noch immer leben Mörder unter uns.

Mit Befremden hat die deutsche Öffentlichkeit vor einigen Wochen zur Kenntnis genommen, daß ein mit schwerer Verantwortung für die Judenpolitik im besetzten Holland belasteter ehemaliger SS-Führer und Befehlshaber der Sicherheitspolizei namens Harster, der als Kriegsverbrecher eine lange Gefängnisstrafe in den Niederlanden hatte verbüßen müssen, seit Jahren als höherer Regierungsbeamter in einer bayrischen Behörde hat Unterschlupf finden können. Von der deutschen Presse bisher kaum erwähnt worden ist hingegen der nicht weniger interessante Fall eines gewissen Wilhelm Zöpf, dessen Behandlung durch deutsche Instanzen in den letzten Tagen in holländischen Zeitungen kritische Kommentare ausgelöst hat. Zöpf war von 1942 bis 1945 Leiter des Judenreferates, der berüchtigten Stelle IV B 4, beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes im besetzten Holland gewesen. Er war der Koordinator aller in den Niederlanden durchgeführten Maßnahmen gegen die Juden und der Organisator der Transporte der Deportierten in die polnischen Vernichtungslager gewesen. Er hatte dafür zu sorgen, daß das Konzentrationslager Westerbork immer genügend Leute für diese Verschickungen bereit hatte, er durchkämmte dafür Judenunternehmen, ließ jüdische Patienten aus den Spitälern holen, er ließ mit brutaler Gewalt sogar die jüdische Irrenanstalt in Apeldoorn räumen — manche der Insassen wurden in Nachthemden oder

* Vgl. a. a. O. S. XXX.

nackt in die Viehwagen zum Transport nach Osten geworfen. Mit welch methodischem Wahnsinn die deutschen Behörden bei diesen Aktionen in Holland verfahren sind, ist in seinen unfassbar grauenvollen Einzelheiten in Reitlingers „Endlösung“ nachzulesen. Einer der Untergebenen Zöpfs, der SS-Hauptsturmführer Aus der Fünften, ist nach dem Krieg wegen der Grausamkeit und Verbrechen, die er in Ausübung der Weisungen seines Vorgesetzten beging, von den Holländern zum Tode verurteilt, später zu lebenslangem Zuchthaus begnadigt worden. Er sitzt mit drei andern Kriegsverbrechern noch immer in Breda und war während langer Zeit das Objekt mancher gemütvoller Aufrufe für eine Begnadigung in Bonner Parlamentskreisen, vor allem der FDP, gewesen.

Zöpf hingegen vermochte sich der Justiz zu entziehen und unterzutauchen. Er wurde erst 1959 als Gymnastiklehrer in einem Krankenhaus im bayrischen Murnau wieder entdeckt und, nachdem den deutschen Justizbehörden die holländische Dokumentation über seine frühere Betätigung zugeleitet worden war, in Untersuchungshaft genommen. Den Holländern, die sich zwar nicht von Amtes wegen, aber aus sonst naheliegenden Gründen für den weiteren Verlauf des Verfahrens interessierten, wurde bis vor kurzem jeweils die Auskunft erteilt, Zöpf sei in Haft und die Ermittlungen nähmen ihren Fortgang.

In Tat und Wahrheit war der ehemalige SS-Sturm-bannführer jedoch bereits 1960 bei einem Haftprüfungs-termin durch den Amtsrichter von Weilheim wieder auf freien Fuß gesetzt worden, weil keine Flucht- und Verdunkelungsgefahr vorliege. Die Münchner Staatsanwaltschaft hat in den vier Jahren, in denen sie ihre Ermittlungen nun betreibt, bisher angeblich noch nicht genügend Belastungsmaterial sammeln können, um eine Anklage auch nur einzureichen. Die Schwierigkeit liegt angeblich darin, Zöpfs Beihilfe zu Mord und Totschlag nachzuweisen, zu Delikten, die nicht unter Verjährung fallen. Der SS-Mann behauptet nach bewährtem Vorbild, nur Transportfunktionär gewesen zu sein und nicht gewußt zu haben, was mit den Juden im Osten geschah; die Razzien und Deportationen, die er im Auftrag seiner Vorgesetzten unternommen habe, hätten den Juden als den Feinden des Dritten Reiches gegolten und fielen als Polizeiaktionen aus Sicherheitsgründen deshalb unter Kriegsrecht und seien nicht strafbar. Überdies scheint Zöpf sich mit „Persilscheinen“ gut eingedeckt zu haben; er hat angeblich Atteste prominenter holländischer Juden über Wohlverhalten in Händen — ähnlich wie sein Chef Harster, der ebenfalls ein solches Papierchen vorweisen kann, dessen Wert allerdings von dem Manne, der es ihm seinerzeit ausgestellt hatte, heute stark relativiert wird. Das Verfahren gegen Zöpf ist, wie andere auch, durch den Eichmann-Prozeß ohne Zweifel etwas verzögert worden, da sich die deutsche Justiz mancherlei Erhellung von den Vernehmungen in Jerusalem versprochen hatte, die dann ausgeblieben ist. Eichmann ist über Zöpf befragt worden, wußte jedoch außer Namen und Funktion nichts Wesentliches auszusagen. Neuerdings erhofft man sich stichhaltiges Material aus erst teilweise erschlossenen amerikanischen Archiven.

Bei allem Verständnis dafür, daß den Kriegsverbrechern von ehemals heute die Wohltat eines streng rechtsstaatlichen Verfahrens zuteil werden muß, die ihren Opfern seinerzeit versagt worden war, und daß eine Anklage, soll sie vor Gericht bestehen, mit beweiskräftigem Material fundiert sein muß, will es den außenstehenden Betrachtern nur schwer in den Kopf, daß einem SS-Führer im Majorsrang, der die Deportationen in die Vernichtungslager zu leiten hatte, von einem deutschen Gericht heute die Ausrede abgenommen werden soll, er habe nicht gewußt, was mit den Deportierten geschehe. Der Norddeutsche Rundfunk hat hingegen zum Fall Harster zwei Zeugen, ehemalige SS-Leute niederen Ranges aus Dienststellen in Holland, vor den Fernsehschirm gebracht, die beide offen erklärten, sie seien sich durchaus im klaren gewesen, was der Juden im sogenannten „Arbeitseinsatz“ in Polen harre. Wußten die Vorgesetzten weniger als die Untergebenen, verstanden sie unter der rassepolitischen „Endlösung“ eine humanitäre Aktion, machten sie sich keine Gedanken, zu welcher Art von „Einsatz“

jüdische Geistesgestörte und Schwerkranke in Viehwagen nach Osten verschickt wurden? Zöpf scheint die Münchner Staatsanwälte bisher ebenfalls mit Erfolg davon überzeugt zu haben, daß an die Vorstellungskraft, die Kombinationsgabe und das Erinnerungsvermögen eines akademisch gebildeten Juristen, sofern er SS-Führer war und einiges auf dem Kerbholz hat, nur äußerst geringe Anforderungen gestellt werden dürfen.

In Bonn, wo man viel Steuergelder ausgibt, um in emsigen Meinungsumfragen im Ausland den Grad der Beliebtheit der Deutschen testen zu lassen, hat man kürzlich mit Betroffenheit entdeckt, daß angeblich immer noch fast ein Drittel der Holländer „deutschfeindlich“ empfinden sollen. Ob sich zuständige Instanzen wohl schon Gedanken darüber gemacht haben, bis zu welchem Grade das Verhalten deutscher Behörden selber derartige Popularitätskurven beeinflussen kann?

*

F. L. (Bonn)

Es gibt also auch deutsche Justizstellen, die aus den für jedes Verfahren selbstverständlichen Ermittlungen ein richtiges Verschleppungsmanöver zu machen verstehen. Wem fielen bei einem solchen Anlaß nicht Namen ein, wie Burger, Raja (alias Rajakowitsch), Kunz und Verbelen, um nur einige zu nennen!



Pensionsnachzahlungen an österreichische Altpensionisten und deren Witwen gesichert

Der langwierige Kampf um die Nachzahlung der vorenthaltenen gesetzlichen (!) Pensionen (Renten) neigt sich nach nun 17 Jahren seinem erfolgreichen Ende zu. Es war in der Tat ein Kampf ums Recht, den der frühere Obmann der gewerkschaftlichen Pensionisten im Auftrage der Gewerkschaftsleitung geführt hat.

Da aber so manche Genossinnen und Genossen über das Wesen dieser Forderungen noch immer ungenügend unterrichtet sind, sei ein Überblick über die Entwicklung gegeben, die zuletzt doch zur Erlangung der gebührenden Nachzahlung geführt hat. Alle in Frage kommenden österreichischen Stellen, die mit den Ansprüchen befaßt wurden, anerkannten zwar die Berechtigung der Forderungen, ließen aber jede Hoffnung auf Erfolg schwinden. Da auch in den ersten Nachkriegsjahren durch Klage nichts zu erwarten war, wandte sich der Obmann an die deutschen Delegationen und später an das deutsche Ministerium der Arbeit selbst. Aber diese Stellen wiesen die Forderungen ganz kategorisch ab, da ein Gegenseitigkeitsvertrag die Republik Österreich verpflichtete, für ihre Pensionisten selbst zu sorgen.

Wieder verstrichen Jahre, viele Anspruchsberechtigte starben dahin, und kein Ende war abzusehen. Da brachte der Kreuznacher Vertrag eine Wendung im Jahre 1961: Österreich erhielt für die Pensionsinstitute und Pensionisten eine Entschädigungssumme von 95 Millionen Mark. Diesem Umstand und dem unermüdlichen Drängen des Obmannes zufolge wurde im Wege einer neunten Novelle zum ASVG die Nachzahlung endlich auch gesetzlich anerkannt; die Novelle wies aber Härten auf, die untragbar waren. Erst in der 11. Novelle zum ASVG gelang es, diese Härten insoweit auszumerzen, daß nur noch zwei Forderungen offenblieben: Das Erbrecht der Witwe nach ihrem verstorbenen Gatten und die Einbeziehung der nach dem Stichtag, dem 13. März 1938, Rentenberechtigten.

Eine Bitte an unsere Mitarbeiter

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, die für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, solche Manuskripte immer nur einseitig zu beschreiben.

WIR BITTEN

um Nachricht

Österreichische Freiheitskämpfer in Frankreich

Ein Genosse aus Kapfenberg möchte mit Freiheitskämpfern der seinerzeitigen Österreichischen Freiheitsfront in Frankreich in Verbindung treten, die während des Zweiten Weltkrieges bestanden hat.

Die Anschriften der Österreichischen Freiheitsfront lauteten:

1. Front National Autrichien C.A.D.I.
173, Rue Cuvier,
Lyon. — France
2. Office Autrichien,
Montée de Chemin Neuf,
Lyon 10. — France

Bei der ersten Anschrift handelt es sich um Leutnant Max, Major der 1. Compagnie, 3. Bataillon des 1. Regiments von Rhône, Delegierter der Österreichischen Freiheitsfront.

Dieser Leutnant hat persönlich die Untersuchungen im Falle jener sechs Franzosen geführt, die in den Augusttagen 1944 von den deutschen Truppen in Chassieu (Isère) bei Lyon erschossen werden sollten, denen aber das Leben gerettet werden konnte.

Unter der zweiten Anschrift — des Office Autrichien — waren Freiheitskämpfer zu erreichen, die Klement Steinmetz während einer späteren Untersuchungshaft im Gefängnis „Petit Depot St. Jean“ in Lyon, mit Kleidung und Lebensmitteln unterstützt haben.

Wir bitten jene Genossinnen und Genossen, die glauben, entsprechende Angaben machen zu können, uns zu schreiben.

Immer im Mittelpunkt



Nach allen Ländern der Erde Durchführung
sämtlicher Bankgeschäfte rasch und sicher!

BANK FÜR ARBEIT UND WIRTSCHAFT
AKTIENGESellschaft

Zentrale: Wien, I. Seitzergasse 2-4;
Zweigstellen: Wien, I. Fleischmarkt 1; I. Schottenring 13; IV. Rechte Wienzeile 37
Filialen: GRAZ, Annenstr. 24 KLAGENFURT, Bahnhofstr. 44 INNSBRUCK, Südtirolerplatz 14-16
SALZBURG, Auerspergstr. 13 LINZ, Christian Coulinstr. 32 - WR. NEUSTADT, Wiener Straße 22

Aus dem Wiener Landesverband Die Bezirke berichten:

Simmering

Franz Besels †. Am Mittwoch, dem 14. Juli 1963, waren viele Genossinnen und Genossen bei der Trauerfeier im Krematorium erschienen, um von einem nimmermüden Kämpfer für die Besserstellung der Arbeiterschaft, für Demokratie und Freiheit Abschied zu nehmen. Mit 45 Jahren starb bereits sein Vater, und die elf Kinder waren mit ihrer Mutter der bittersten Not ausgesetzt. Franz Besels ältester Bruder war so wie sein Vater bereits politisch tätig, und der elfjährige Franz wurde schon damals mit der politischen Kleinarbeit vertraut. Bei Konfiskationen der sozialdemokratischen Zeitungen, der „Zukunft“ und der „Gleichheit“, wanderten die Exemplare, in der Schultasche gut verwahrt, trotzdem zu den Genossen. Er erlernte das Gelbgießerhandwerk, und mit 17 Jahren wurde er im Jahre 1896 Mitglied des Wahlvereins und der Gewerkschaft.



Als Vertrauensmann der Partei und der Gewerkschaft war er zuerst in Simmering und später, nach seiner Übersiedlung nach Favoriten, auch dort in den verschiedensten Funktionen tätig. Als Hauptvertrauensmann der Gießereiarbeiter wurde er mehrmals gemäßregelt, kam auf die „Schwarze Liste“ und konnte in seinem Beruf keine Arbeit mehr finden. Im Juli 1909 wurde er als Krankenkassenkontrollor im Verband der Genossenschafts-Krankenkasse Wien (spätere Gebietskrankenkasse) angestellt, wo er wieder nach einem Jahr Vertrauensmann wurde. Mit Ausbruch des ersten Weltkrieges wurde er zum Kriegsdienst eingezogen, von welchem er nach sechsjähriger Kriegsgefangenschaft in Sibirien erst wieder zu Weihnachten 1920 nach Hause kam.

In Simmering begann er sofort wieder in Partei, Arbeiterrat und Schutzbund seine politische Arbeit. Beim Schutzbund wurde er Bezirksreferent und übte diese Funktion unermüdlich bis zum 12. Februar 1934 aus. Vom Dollfuß-Regime wurde er mit anderen acht Genossen der Gebietskrankenkasse zwangsweise pensioniert. In der illegalen Bewegung aber stand er weiter als Kämpfer in unserer Bewegung. Mit dem Ende des Naziregimes half er sofort wieder beim Aufbau der Parteiorganisation mit, und bei Gründung der Bezirksgruppe Simmering des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer wurde er Ausschußmitglied; er blieb es bis zu seinem 80. Lebensjahr.

Genosse Besel starb im 86. Lebensjahr. Er war seit 1899 Abonnent der „Arbeiter-Zeitung“, und die Partei hatte ihm die Victor-Adler-Plakette verliehen.

Bei der Trauerfeier würdigte Genossin Jochmann in ihrem Nachruf die Verdienste, die sich unser Franz in der Partei- und Gewerkschaftsbewegung sowie als Kämpfer für die Freiheit erworben hat. Niemals vergessen!

Döbling

Fritz Opawa †. Genosse Fritz Opawa, „unser Hofrat“, Gymnasialdirektor i. R., ist am Montag, dem 29. August 1963, plötzlich und unerwartet im 70. Lebensjahr gestorben. Was an unserem Verstorbenen vergänglich war, wurde am 3. Mai 1963 in der Feuerhalle der Stadt Wien den Flammen übergeben.

Fritz Opawa entstammte einer kinderreichen Familie und mußte sich aus eigener Kraft emporarbeiten. 1911 trat er der Vereinigung sozialistischer Studenten bei, wo er bis zu seiner Einrückung im Jahre 1916 verblieb. Schon 1912 kam Opawa in den Arbeiter-Turnverein, 1913 bewarb er sich um die Aufnahme in die Sozialdemokratische Partei, 1920 wurde unser Freund Mitglied der Naturfreunde. Bis zum Jahre 1934 übte er zahlreiche Funktionen in der Arbeiterbewegung aus.



Nach dem zweiten Weltkrieg wurde unser Hofrat Fürsorgetrat, Sprengelleiter, Hausvertrauensmann, und er arbeitete in verschiedenen Organisationen als Kontrolle mit. Als Funktionär der Mietervereinigung leistete Fritz wertvolle Dienste. Ganz besonders muß hervorgehoben werden, daß unser bewährter Freund sich in der Partei und ihren Nebenorganisationen trotz seiner hohen Stellung mit der vielseitigen Kleinarbeit beschäftigte.

Fritz sollte am Geologenkongreß in Rom teilnehmen, lehnte jedoch ab, nachdem er sich als Beisitzer einer Spengelswahlkommission zur Bundespräsidentenwahl verpflichtet hatte. Opawa war Besitzer des goldenen Parteiabzeichens und sollte für seine langjährige Tätigkeit die Victor-Adler-Plakette erhalten. Doch sollte er diese Ehrung nicht mehr erleben.

Für uns Freiheitskämpfer war Fritz Opawa ein Vorbild. Mit viel Liebe und Begeisterung war er in unseren Reihen tätig, und wir verlieren in ihm einen fleißigen und treuen Mitkämpfer. Von 1934 bis 1945 betätigte er sich illegal in der RS, und er war auch hier in der Kleinarbeit einer unserer Besten. Nun müssen wir von Fritz Opawa Abschied nehmen. Alle, die ihn gekannt haben, werden ihn immer in lieber Erinnerung behalten; den anderen aber möge er ein Beispiel jener Hingabe und Treue sein, aus denen sich die Seele der sozialistischen Bewegung geformt hat. Mit einem tiefempfundenen Nachruf nahm Genosse Karl Mark namens der Bezirksorganisation und der Freiheitskämpfer von dem Dahingeschiedenen Abschied. „Niemals Vergessen!“

Floridsdorf

Erna Koldert †. Am Donnerstag, dem 1. August 1963, verstarb nach kurzem Leiden ganz unerwartet die Genossin Erna Koldert im 53. Lebensjahr. Die Bezirksgruppe verliert mit ihr eine Mitarbeiterin in der politischen Partei und ein verlässliches Mitglied.

Die Verstorbene wurde am Dienstag, dem 6. August 1963, auf dem Wiener Zentralfriedhof beigesetzt. Die Bezirksgruppe Floridsdorf war durch eine Abordnung vertreten und legte am Sarg ein Bukett nieder.

Wir werden unsere Genossin Koldert niemals vergessen.

*

Josef Paul †. Am Montag, dem 12. August 1963, verstarb nach kurzem schwerem Leiden Genosse Josef Paul im 73. Lebensjahr. Mit ihm verliert die Bezirksgruppe Floridsdorf einen treuen und verlässlichen Kämpfer aus den Februartagen 1934. Er war ein Mitbegründer unserer Bezirksgruppe und half unermüdlich mit, sie erfolgreich aufzubauen. Bis zu seinem Tode betreute er seine Sektion als Mitarbeiter des Bezirksausschusses.

Das Begräbnis fand am Montag, dem 19. August 1963, um 15.30 Uhr auf dem Stammersdorfer Friedhof statt. Viele seiner Freunde und zahlreiche Mitglieder unserer Bezirksgruppe gaben Genossen Paul das letzte Geleit. Josef Kohl hielt dem Verstorbenen einen tiefempfundenen Nachruf und würdigte sein Wirken und seinen Einsatz für die Idee des Sozialismus. Unser Genosse Paul wird uns allen bleibendes Vorbild sein, und wir werden, so wie er es stets getan hat, unermüdlich arbeiten. „Niemals Vergessen!“



Arbeiter! Angestellte!

Entlehnt Bücher der Betriebsbüchereien!

Betriebsrat!

Sorge für den Ausbau der Betriebsbücherei!

Die Betriebsbüchereien

werden betreut durch die

**Reise- u. Versandbuchhandlung
des**

**Österreichischen
Gewerkschaftsbundes**

Wien I, Hohenstaufengasse 10

und durch die

Kammern für Arbeiter und Angestellte

Konrad Lötsch †. Am Montag, dem 23. September 1963, verstarb nach langem schwerem Leiden Genosse Konrad Lötsch jun. im 64. Lebensjahr. Mit ihm verliert die Bezirksgruppe ein treues und verlässliches Mitglied, die Bezirksorganisation Floridsdorf der SPÖ aber einen langjährigen Vertrauensmann.

Die Einäscherung fand am Freitag, dem 6. September 1963, um 11 Uhr im Krematorium statt. Zahlreiche Trauergäste und viele Freunde waren erschienen. Genosse Blei hielt dem Verstorbenen einen tiefempfundenen Nachruf und betonte sein Wirken und seinen Einsatz für die Rechte der Arbeiterschaft, besonders im Februar 1934, wo er mit der Waffe in der Hand auf den Barrikaden stand.

Die Urnenbeisetzung fand am Dienstag, dem 10. September 1963, um 11 Uhr auf dem Jedlersdorfer Friedhof statt. Genosse Hietzinger sprach Worte des Gedenkens zum Abschied. „Niemals Vergessen!“



*

August Dworzak † Am Mittwoch, dem 8. Mai 1963, starb nach kurzem schwerem Leiden unser Genosse August Dworzak im 58. Lebensjahr. Mit ihm verliert die Bezirksgruppe Floridsdorf einen treuen und verlässlichen Kämpfer aus den Februartagen 1934. Er war einer derjenigen, die keinen Moment zögerten, als es galt, die Rechte der Arbeiterschaft und die Republik zu verteidigen. Er war ein Mitbegründer unserer Bezirksgruppe Floridsdorf und half mit, dieselbe auszubauen. Das Begräbnis fand unter zahlreicher Beteiligung seiner vielen Freunde und der Mitglieder unserer Bezirksgruppe am Montag, dem 13. Mai 1963, um 14.45 Uhr auf dem Stammersdorfer Friedhof statt.

Genosse Blei hielt dem Verstorbenen einen tiefempfundenen Nachruf und betonte, daß wir sein Wirken und seinen Einsatz für die Idee des Sozialismus nicht vergessen werden. Wir alle sagten ihm Dank für die großen Opfer, die er uneigennützig gebracht hatte. Am Grabe wurde von den Freiheitskämpfern von Floridsdorf ein Kranz niedergelegt und als Symbol des Gedenkens senkte sich die Fahne zum letzten Gruß. Genosse Blei schloß mit den Worten: „Ruhe aus, du Sozialist, der du ein Freiheitskämpfer gewesen bist. Wir werden dich niemals vergessen. Freundschaft!“

Die Arbeitersänger von Floridsdorf sangen ihm zwei Abschiedslieder; Genosse August Dworzak war zehn Jahre lang ihr Obmann.

*

Anna Reiterer †. Am Mittwoch, dem 25. September, verstarb nach langem schwerem Leiden Genossin Anna Reiterer im 62. Lebensjahr. Mit ihr verliert die Bezirksgruppe Floridsdorf des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer eine treue und verlässliche Genossin. Sie war auch Mitarbeiterin im Bezirksausschuß und betreute bis zur Übersiedlung nach Jedlersdorf die Mitglieder vom Bruckhaufen.

Das Begräbnis fand am Montag, dem 30. September, um 16.15 Uhr auf dem Stammersdorfer Friedhof unter zahlreicher Beteiligung ihrer Angehörigen und Freunde statt. Die Bezirksgruppe war durch eine Abordnung vertreten und legte am Sarge Blumen nieder. Genosse Blei hielt der verstorbenen Genossin Anna Reiterer einen tiefempfundenen Nachruf und betonte darin die Treue zur Idee des Sozialismus. Er dankte ihr für ihr Wirken für die gerechte Sache der arbeitenden Menschen und schloß mit dem Ruf unseres Bundes „Niemals Vergessen“ und dem Gruß „Freundschaft“.

*

Unsere Wochenendfahrt. Die Bezirksgruppe Floridsdorf des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer veranstaltete am Samstag, dem 25. Mai 1963, eine Autobusfahrt auf das Alpi (1100m) in Peter Roseggers Waldheimat. Das Interesse an dieser schönen Fahrt war sehr groß, und es nahmen 112 Personen an dem gemeinsamen Ausflug teil. Die Abfahrt der drei Autobusse erfolgte um 7 Uhr früh vom Sammelplatz und führte über Wiener Neustadt, Aspang und Mönchkirchen nach Friedberg, wo eine Frühstückspause gemacht wurde. Nach einer Stunde ging es dann weiter über Bruck im Walde, Waldbach, St. Jakob und St. Kathrein aufs Alpi. Da es zu regnen begann, konnten die nach dem Mittagessen geplanten Ausflüge nicht unternommen werden und wir fuhren um 15 Uhr vom Alpi in der Richtung nach Wiener Neustadt. Erst in Schottwien wurde es wieder schön.

In Wiener Neustadt kamen wir um 16.30 Uhr an, wo die Genossinnen und Genossen, die nicht gleich ins Arbeiterheim gingen, die Stadt besichtigten. Später wurden die anwesenden Genossen von dem Obmann der Bezirksorganisation Wiener Neustadt der SPÖ aufs herzlichste begrüßt; er betonte in seiner Ansprache, daß es ihn immer wieder freue, wenn die Freiheitskämpfer von Floridsdorf bei ihren schon zur Gewohnheit gewordenen Tagesausflügen einkehren und Wiener Neustadt besuchen. Es zeige die Verbundenheit mit dem Land Niederösterreich und der Stadt, die schon Zeuge so vieler Aktionen der Arbeiterschaft gewesen sei.

Genosse Blei bedankte sich für die herzliche Begrüßung und wünschte den Wiener-Neustädter Genossen weiter guten Erfolg bei ihren Arbeiten für die Bevölkerung dieser schönen Stadt.

Anschließend folgte der gemütliche Teil des Abends; Genossin Ascherl erfreute alle mit ihrem Klavierspiel und

Genosse Blei trug mit seinem Humor und seinem Gesang viel dazu bei, die Gemütlichkeit noch zu erhöhen. Die Zeit verging dabei viel zu schnell, und als das Beisammensein um 19.45 Uhr mit dem Kinderfreundemarsch seinen Abschluß fand, wollte niemand glauben, daß es schon so spät geworden war. Die Heimfahrt nach Wien wurde in bester Laune angetreten, und um 21 Uhr waren wir wieder am Ausgangspunkt unserer schönen Fahrt angelangt. Trotz des schlechten Wetters wird allen von uns dieser Tag noch lange in schöner Erinnerung bleiben.

Aus den Landesorganisationen

Niederösterreich

St. Pölten. Jahresversammlung. Die Bezirksleitung St. Pölten hielt am 25. Mai 1963 im Gasthaus Schaden, St. Pölten, Alpenbahnhof, die diesjährige Jahresversammlung ab. Genosse Rudolf Ziegelwagner begrüßte die Anwesenden und den Referenten Genossen Eduard Schlesinger aus Wien. Anschließend gedachte Genosse Ziegelwagner der verstorbenen Mitglieder.

Nach einem kurzen Bericht über die Tätigkeit im vergangenen Jahr wurde das Wahlkomitee gewählt. Den Kassenbericht erstattete Genosse Franz Heindl, dann folgte der Bericht der Kontrolle.

Nach den Neuwahlen erstattete Genosse Eduard Schlesinger sein Referat über die 12. Novelle zum OFG und deren Vorgeschichte.

Nach Genehmigung der Berichte durch die Versammlung und der Entlastung der bisherigen Bezirksleitung wurden Neuwahlen durchgeführt. Sie brachten folgendes Ergebnis:

1. Obmann: Genosse Rudolf Ziegelwagner.

2. Obmann: Genossin Gisela Steininger.

1. Kassier: Genosse Franz Heindl.

2. Kassier: Genosse Ferdinand Spiller.

1. Schriftführer: Genossin Anny Neurath.

2. Schriftführer: Genosse Karl Reiter.

Kontrolle: Die Genossen Anton Gugerel und Stanislaus Kummer.

Opferfürsorge: Genosse Rudolf Ziegelwagner.

Delegierte zur Landeshauptversammlung: Die Genossen Ferdinand Kostal, Josef Riedinger und Karl Hellerschmid.

Auch über die Pensionsautomatik und deren Zusammenhang mit der Opferrente berichtete Genosse Schlesinger. Dann kam Genosse Schlesinger auf die Habsburgangelegenheit zu sprechen und das Jahr 1934. Er sagte, daß alle Genossen mithelfen müssen, um zu verhindern, daß solche Zeiten des Unglücks jemals wieder kommen. Wir wollen friedlich unser Land aufbauen.

Der Vorsitzende dankte dem Referenten für seine aufschlußreichen Ausführungen und den Mitgliedern für ihr Erscheinen. Er berichtete noch über einige Organisationsfragen.

Die Versammlung wurde um 19 Uhr mit dem Gruß „Freundschaft!“ geschlossen.

In allen Geldfragen:



ZENTRALSPARKASSE

DER GEMEINDE WIEN

Zweigstellen in allen Stadtteilen

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 55

P. b. b.

Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unbestellbar zurückgeschickt werden müssen.



**Redaktionsschluß
für die nächste Nummer: 25. Nov. 1963**

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: August Jarosik. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Telefon 63 27 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

1. Werdertorgasse 9 Jeden 1. u. 3. Mo.
im Monat,
2. Praterstern 1 Di. 16 bis 18 Uhr
3. Landstraßer Hauptstraße 41 .. Fr. 18 bis 20 Uhr
4. Wiedner Hauptstraße 60 b Mo. 18 bis 19 Uhr
5. Kohlgasse 27 Mi. 18 bis 19 Uhr
6. Otto-Bauer-Gasse 9 Do. 19 bis 20 Uhr
7. Neubaugasse 25 Mi. 18 bis 19 Uhr
8. Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
9. Marktgasse 2 Mi. 17 bis 19 Uhr
10. Laxenburger Straße 8/10, I. Jeden 3. Di.
17 bis 19 Uhr
11. Simmeringer Hauptstraße 80 .. Jeden 2. u. 4. Di.
18 bis 19 Uhr
12. Ruckergasse 40 Mi. u. Fr. 18 bis 19 Uhr
13. Jodlgasse 7 Di. 18.30 bis 19.30 Uhr
14. Linzer Straße 297 Fr. 18 bis 19 Uhr
15. Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. im Mo-
nat, 17 bis 19 Uhr
16. Schuhmeierplatz 17—18 Do. 17 bis 19 Uhr
17. Zagorskigasse 6 Do. 17.50 bis 19 Uhr
18. Kalvarienberggasse 28 a, II/26.. Mo. ab 17.15 Uhr
19. Gentzgasse 62 Fr. 18 bis 20 Uhr
20. Billrothstraße 48 Di. 17 bis 19 Uhr
21. Raffaelgasse 11 Do. 18 bis 20 Uhr
22. Prager Straße 9, 1. Stock Jeden 1. u. 3. Mo.
im Monat,
17 bis 18.30 Uhr
23. Donauefelder Straße 259 Mo. 18 bis 19 Uhr
24. Liesing, Breitenfurter Straße 2 Jeden 1. u. 3. Mo.
18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

Polizei:

19. Billrothstraße 48 Jeden 1. u. 3. Di.
(Arbeiterheim Döbling) 17.30 bis 18.30 Uhr

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Mödling, Gewerkschaftsheim, Jeden Mo. u. Sa,
Wiener Straße 2 8.30 bis 11.30 Uhr
- St. Pölten, Bezirksleitung,
St. Pölten, Prandtauerstraße 4 .. Sa. 9 bis 12 Uhr
- Schwechat, Bezirkssekretariat Jeden 2. Do. im Mo-
der SPÖ, Körner-Halle nat 16 bis 18 Uhr

Burgenland:

- Eisenstadt, Bezirkssekretariat
der SPÖ, Hauptstraße 5 Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- Klagenfurt, Kammerbücherei
der Arbeiterkammer, Bahnhof-
straße 42, bei Genossin Lona
Sablatnig und Genossen Eduard Tägl. außer Sa.
Goritschnig 10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- Linz, Landstraße 36, II. Stock Tägl. außer Sa.
Zimmer 24 8 bis 10 Uhr
- Steyr, Arbeiterkammer, 1. Stock Jeden 1. Sa. im Mo-
nat 10 bis 11 Uhr

Salzburg:

- Salzburg, Arbeiterheim, Paris-
Lodron-Straße 21, Zimmer 30 .. Sa. 10 bis 12 Uhr

Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13, Jeden 1. Mi. i. Mo-
Zimmer 17 nat, 17 bis 19 Uhr
- Bruck a. d. Mur, Arbeiterheim,
Kirchplatz 5

Tirol:

- Innsbruck, Müllerstraße 30/I. Bitte vorher tele-
phonisch anfragen: Nr. 7 11 12.